



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

30. Jahrgang

Heft 4

April 1978

Grafik des Monats: Kommunalwahl 1978

Aufsätze: Schleswig-Holstein im Jahre 1977

Teil 2: Handel

Verkehr

Fremdenverkehr

Preise

Arbeitsverdienste

Steuern

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Investitionen Umweltschutz

Landwirtschaft: Betriebe und Arbeitskräfte

Kurzberichte: Markt und Miete

WERTSCHÖPFUNG DER WIRTSCHAFTSBEREICHE



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Die Konjunktur in Schleswig-Holstein

		1976/77	1977/78	Veränderung
		Monatsdurchschnitt September bis Januar		in %
Verarbeitende Industrie¹				
Produktionsindex	1970 = 100
Beschäftigte	1 000	.	165	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	.	2 085	.
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	.	18	.
Bauwirtschaft und Bautätigkeit				
Geleistete Arbeitsstunden ²	Mill. Std.	.	6,5	.
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	1 148	1 511	+ 32
Handel				
Ausfuhr	Mill. DM	464,3	526,4	+ 13
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	374,0	412,1	+ 10
Verkehr				
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	8 072	8 939	+ 11
Preisindexziffern (Bundesgebiet)				
Einfuhrpreise	1970 = 100	152,7	150,0	- 2
Grundstoffpreise ³	1970 = 100	148,6	147,2	- 1
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte ³	1970 = 100	142,4	144,7	+ 2
landwirtschaftlicher Produkte ³	1970 = 100	148,5	143,5	- 3
Lebenshaltung ⁴				
insgesamt	1970 = 100	142,2	147,3	+ 4
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	137,7	143,5	+ 4
Geld und Kredit				
Bestand am Monatsende				
kurzfristige Kredite ⁵	Mill. DM	5 691	6 029	+ 6
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	26 072	29 654	+ 14
Spareinlagen	Mill. DM	11 388	12 201	+ 7
Steueraufkommen				
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁷	Mill. DM	119	138	+ 16
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	136	153	+ 13
Lohnsteuer	Mill. DM	260	279	+ 7
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	325	371	+ 14

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; einschließlich Bergbau, aber ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung und ohne Bauindustrie. Die Ergebnisse ab Januar 1977 sind mit denen aus früheren Jahren infolge Einführung eines neuen Konzepts nur bedingt vergleichbar; siehe hierzu sowie bezüglich der verwendeten Begriffe die Vorbemerkungen zum Statistischen Bericht E I 1. 2) ab 1977 einschließlich Fertigteilbau und Bauhilfsgewerbe 3) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 4) alle privaten Haushalte 5) an die Nichtbankenkundschaft 6) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite 7) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer

INHALT 4/78

	Seite
Aktuelle Auslese	81
Aufsätze	
Schleswig-Holstein im Jahre 1977	
Teil 2: Handel	82
Verkehr	84
Fremdenverkehr	86
Preise	88
Arbeitsverdienste	93
Steuern	98
Investitionen für Umweltschutz im Produzie- renden Gewerbe 1975	99
Landwirtschaftliche Betriebe und Arbeitskräfte 1970 bis 1977	102
Kurzberichte	
Markt und Miete	106
Grafik des Monats	94
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie) ...	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 10/1977

Lehrernachwuchs
Erwerbscharakter landwirtschaftlicher Betriebe
Bautätigkeit

Heft 11/12-1977

Entwicklung im Marktfruchtbau
Verkehrsprognosen
Lehramtsanwärter
Einzelhandel

Heft 1/1978

Revision des Bruttoinlandsprodukts
Die Volkszählung 1981
Wohnungsstichprobe 1978

Heft 2/1978

Verbraucherpreise 1977
Wo studieren Schleswig-Holsteiner?
Abfalldaten der Wirtschaft
Kraftradunfälle
Fremdenverkehr 1977

Heft 3/1978

Schleswig-Holstein im Jahre 1977 (Teil 1)



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

30. Jahrgang

Heft 4

April 1978

Aktuelle Auslese



Keine Belebung der industriellen Konjunktur in Sicht

Die verarbeitende Industrie in Schleswig-Holstein hat den Personalabbau auch 1977, im zweiten Jahr nach der schweren Rezession des Jahres 1975, fortgesetzt. Der Einsatz von Arbeitskräften hat sich im Jahresdurchschnitt um weitere 2 % verringert; 1976 hatte der Rückgang 3 % betragen, 1975 sogar 5 %. Stärker als die Zahl der tätigen Personen, nämlich um 3 %, fiel die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden ab. Die Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit gegenüber 1976 ist im 4. Quartal 1977 noch deutlicher als in den drei ersten Quartalen.

Der Umsatzzuwachs (nominal + 3 %) ist auf das gestiegene Preisniveau zurückzuführen; der mengenmäßige Absatz hat also stagniert. Ein Fünftel der Erlöse entfiel auf das Exportgeschäft, das damit auch dem Volumen nach gegenüber 1976 ausgeweitet wurde.



1 500 Kinder weniger als im Vorjahr geboren

1977 kamen nur noch 23 400 Kinder lebend zu Welt. Das ist nicht nur der schwächste Geburtenertrag eines Nachkriegsjahres, sondern bedeutet einen weiteren kräftigen Rückgang gegenüber dem ohnehin nicht hohen Vorjahresergebnis von 24 900 Kindern. Die Geburten von Ausländern, die bis 1975 kräftig zugenommen hatten, gingen dabei prozentual weit stärker zurück als die Geburten Deutscher: Im Vergleich zum Vorjahr wurden 17 % weniger Ausländer geboren und 5 % weniger Deutsche.



Arbeitskämpfe 1977 im Bundesgebiet

Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes waren im Jahr 1977 34 437 Arbeitnehmer im Ausstand. 1976 waren es 169 312 gewesen. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage blieb mit 23 681 in noch stärkerem Maße hinter der des Vorjahres (533 696) zurück. Der größte Teil der Ausfalltage entfiel auf Arbeitsauseinandersetzungen in der Wirtschaftsgruppe „Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden“, die ausschließlich in Bayern stattfanden, sowie auf die Wirtschaftsgruppe „Druckerei und Vervielfältigung“, vor allem in Bremen. Die Arbeitskämpfe dauerten 1977 im Durchschnitt 0,7 Tage je Beteiligten gegenüber 4 Tagen im Jahr 1976. In Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Berlin wurden 1977 keine Arbeitskämpfe registriert.



Akademische, staatliche und kirchliche Abschlußprüfungen

Im Zeitraum von zwei Jahren (1. Oktober 1975 bis 30. September 1977) haben sich 7 151 Studenten bei einem akademischen, staatlichen oder kirchlichen Prüfungsamt oder an einer Fachhochschule einer Abschlußprüfung gestellt, darunter 6 535 mit Erfolg. Von den erfolgreichen Prüfungsteilnehmern haben 2 316 eine Lehramtsprüfung, 1 903 eine Abschlußprüfung an Fachhochschulen, 805 eine Diplomprüfung, 782 ein Staatsexamen (außer Lehramtsprüfung) und 630 eine Promotion abgelegt. Die restlichen 99 Studenten haben eine Musikprüfung, eine kirchliche Abschlußprüfung oder eine Magisterprüfung bestanden. Die Erfolgsquote, die insgesamt 91 % betragen hat, lag für die einzelnen Prüfungsarten zwischen 86 % (Lehramtsprüfung) und 100 % (Magisterprüfung).

Schleswig-Holstein im Jahre 1977

Teil 2

I N H A L T

Handel

- Ausfuhr
- Einfuhr
- Einzelhandel
- Gastgewerbe

Verkehr

- Güterverkehr
- Kfz-Bestand
- Straßenverkehrsunfälle

Fremdenverkehr

- Kapazität
- Gäste und Übernachtungen

Preise

- Weltmarktpreise
- Ein- und Ausfuhrpreise
- Terms of Trade
- Industrielle Erzeugerpreise
- Großhandelsverkaufspreise
- Baupreise
- Preise der Lebenshaltung
- Internationaler Vergleich

Arbeitsverdienste

- Arbeiter
- Angestellte

Steuern

- Gemeindesteuern
- Staatliche Steuern

Handel

Ausfuhr

Im Jahre 1977 hat sich die Weltwirtschaft von der zurückliegenden Rezession weiter erholt, das Tempo des Aufschwungs blieb jedoch verhältnismäßig gering. Dadurch nahm der Welthandel nach der kräftigen Expansion im Jahre 1976 nur noch um 5,5 % zu.

Ungeachtet der verlangsamten Welthandelsexpansion nahm die Ausfuhr Schleswig-Holsteins weiterhin kräftig zu. In der Zeit von Januar bis einschließlich November 1977 wurden Waren im Werte von 5,4 Mrd. DM ausgeführt, das sind 14,0 % mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Für das gesamte Bundesgebiet beträgt der Zuwachs 6,8 %. Zu dem überdurchschnittlichen Anstieg der schleswig-holsteinischen Ausfuhr trugen vor allem die Ernährungswirtschaft und die Werftindustrie bei.

Die Ernährungswirtschaft konnte ihren Anteil an der Gesamtausfuhr weiter erhöhen. In den ersten elf Mona-

ten des Jahres 1977 führte sie Waren im Werte von 811 Mill. DM aus. Gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Jahres 1976 sind dies rund 33 % mehr. Besonders stark hat die Ausfuhr von Genußmitteln zugenommen. Ihr Wert kletterte um mehr als 50 % auf 136 Mill. DM. Hierzu hat vor allem die gestiegene Kaffeeausfuhr (Kaffeepulver) beigetragen, die bis einschließlich November einen Wert von 113 Mill. DM erreichte. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist dabei zum Teil eine Folge der hohen Kaffeepreise im vergangenen Jahr. So stieg der Durchschnittswert des ausgeführten Kaffees von 26 DM im Jahre 1976 auf 33 DM je kg. Um genau 33 % konnte die Ausfuhr von Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs gesteigert werden. Mit 331 Mill. DM erreichte sie fast den Wert der Ausfuhr von Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs. Wichtige Ausfuhr-güter waren wiederum Fleisch und Fleischwaren (98 Mill. DM), Milch in Form von Milchpulver (86 Mill. DM) und Butter (82 Mill. DM). Die Ausfuhr von Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs nahm um 25,0 % auf 339 Mill. DM zu. An der Spitze der Güterpalette stand

wiederum Weizen mit 94 Mill. DM. Damit ist die Ausfuhr von Weizen um 46,1 % angestiegen. Hinter Weizen folgten Müllereierzeugnisse (50 Mill. DM) und Ölf Früchte zur Ernährung (31 Mill. DM).

Auch die gewerbliche Wirtschaft konnte die Ausfuhr ihrer Produkte weiter steigern, der Zuwachs fiel jedoch geringer als bei der Ernährungswirtschaft aus. Insgesamt wurden in der Zeit von Januar bis einschließlich November Ausfuhrerlöse in Höhe von 4,6 Mrd. DM erzielt. Gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Jahres 1976 ist dies eine Zunahme um 11,4 %. Die Ausfuhr von Rohstoffen, Halbwaren und Vorerzeugnissen ist im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Dagegen erhöhte sich der Wert der ausgeführten Enderzeugnisse um 15,2 %.

Zu diesem Anstieg trug in erster Linie die Werftindustrie bei. Insgesamt führte sie Wasserfahrzeuge im Werte von 1,1 Mrd. DM aus. Rund die Hälfte dieses Betrages entfiel allein auf die beiden in Kiel gebauten Flüssiggastanker, die unter liberianischer Flagge fahren. Ohne die Wasserfahrzeuge erhöhte sich der Wert der Güter, die von der gewerblichen Wirtschaft ausgeführt wurden, nur um 7,8 %.

Trotz des hohen Wertes der Schiffsausfuhr blieben die Maschinen das wichtigste Exportgut der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Mit einem Wert von 1,3 Mrd. DM wurde das Elfmonatsergebnis des Vorjahres um 5,1 % übertroffen. Zugenommen hat auch die Ausfuhr elektrotechnischer sowie feinmechanischer und optischer Erzeugnisse. Während aber der Ausfuhrwert der elektrotechnischen Erzeugnisse mit 5,5 % vergleichsweise gering anstieg, nahm der Ausfuhrwert der feinmechanischen und optischen Erzeugnisse um fast ein Viertel zu.

Die Reihenfolge der wichtigsten Verbrauchsländer ist im vergangenen Jahr kräftig durcheinander geschüttelt worden. Die Ursache hierfür bildeten die Schiffsexporte. Während die Schiffsausfuhr nach Liberia auf 515 Mill. DM hochschnellte, wodurch Liberia an die erste Stelle der Abnehmerländer rückte, verringerte sich die Schiffsausfuhr nach Dänemark, Schweden und Norwegen um insgesamt rund 380 Mill. DM. Dadurch fielen Dänemark, das 1976 den ersten Platz eingenommen hatte, auf den vierten Platz, und Schweden auf den achten Platz zurück. Dagegen konnte Norwegen trotz einer um 113 Mill. DM geringeren Schiffs-einfuhr den sechsten Platz halten. Die Schiffsausfuhr nach Schweden lag 1977 nur noch knapp über 100 000 DM. Auch die Ausfuhr von Koks ging wegen der weltweiten Flaute auf dem Stahlsektor beträchtlich

zurück. Den zweiten Platz in der Länderreihenfolge nahmen wieder die Niederlande ein, die in der Zeit von Januar bis November Waren im Werte von 462 Mill. DM aus Schleswig-Holstein einfuhrten. Dahinter folgte Großbritannien, das Güter im Werte von 413 Mill. DM abnahm.

Einfuhr

In den ersten elf Monaten des Jahres 1977 führte Schleswig-Holstein Waren im Werte von 5,0 Mrd. DM ein. Das sind nur 1,7 % mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Jahres 1976. Der geringe Anstieg ist zum Teil eine Folge geringerer Weltmarktpreise für wichtige Rohstoffe. Auf Güter der Ernährungswirtschaft entfielen 1,0 Mrd. DM, das sind 21 % der gesamten Einfuhr. Hieran waren Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs mit 515 Mill. DM (+ 5,0 %), Nahrungsmittel tierischen Ursprungs mit 328 Mill. DM (— 4,8 %), Genußmittel mit 148 Mill. DM (+ 29,8 %) und lebende Tiere mit 51 Mill. DM (— 31,0 %) beteiligt. Zu größeren Veränderungen kam es bei der Einfuhr von Rindern (— 44,4 %) und Kaffee (+ 94,0 %). Der gestiegene Einfuhrwert von Kaffee ist vor allem darauf zurückzuführen, daß der Rohkaffee 1977 im Durchschnitt doppelt so teuer war wie 1976.

Die Einfuhr von Rohstoffen, auf die mit einem Wert von 1,1 Mrd. DM 22 % der Gesamteinfuhr entfielen, übertraf in der Periode von Januar bis November 1977 den Vorjahreswert um 3,7 %. Bei wichtigen Rohstoffen waren Preis- und Mengenveränderungen zu verzeichnen. Die bedeutendste Einzelposition überhaupt war das Erdöl. Insgesamt wurden 3,5 Mill. t Erdöl mit einem Wert von 804 Mill. DM eingeführt. Wertmäßig sind dies 7,1 % mehr als 1976. Der Durchschnittswert von 1 t Rohöl ist von 233 DM auf 228 DM gesunken. Dagegen war die Steinkohle 1977 mit 82 DM je t etwas teurer als 1976. Bis einschließlich November wurden 1,6 Mill. t Steinkohle eingeführt, für die 130 Mill. DM ausgegeben wurden. Auch Baustoffe haben sich verteuert. Dadurch ist der Einfuhrwert von 48 auf 50 Mill. DM gestiegen, obwohl die importierte Menge von 2,7 auf 2,4 Mill. t zurückging. Umgekehrt war die Entwicklung bei Rohphosphaten. Obwohl die eingeführte Menge wuchs, sank der Einfuhrwert von 32 auf 27 Mill. DM.

Im Unterschied zur Rohstoffeinfuhr hat sich die Einfuhr von Halbwaren verringert. Dies ist darauf zurückzu-

führen, daß sich auch der Preis für Kraftstoffe und Schmieröle verringert hat. Aber auch die Menge der bezogenen Kraftstoffe und Schmieröle ist etwas zurückgegangen.

Bei den Fertigwaren sind gegenüber 1976 keine gravierenden Veränderungen eingetreten. Ihr Einfuhrwert ist von 2,1 auf 2,2 Mrd. DM angestiegen.

Einzelhandel

Im Jahre 1977 ist der Umsatz im Einzelhandel Schleswig-Holsteins um nominal 9,1 % angestiegen. Der Umsatzzuwachs war damit nur wenig geringer als 1976. Die stärkste Umsatzausweitung verzeichnete der Einzelhandel mit Metallwaren, Hausrat und Wohnbedarf; gegenüber 1976 ergab sich dort ein Umsatzplus von 14,8 %. Wesentlichen Anteil hieran hatte der Einzelhandel mit Möbeln, dessen Umsätze um 16,2 % anstiegen. Auch der Einzelhandel mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen kann auf ein sehr erfolgreiches Jahr zurückblicken. Wenn auch der Umsatzzuwachs erheblich niedriger war als 1976, so lag er mit 13,9 % doch noch klar über dem Durchschnitt des gesamten Einzelhandels. Von den einzelnen Branchen verzeichnete dabei der Einzelhandel mit Fahrrädern und Mopeds mit 18,2 % die höchste Umsatzsteigerung. Erst dann folgte der Einzelhandel mit Kraftwagen und Krafträdern, der ein Umsatzplus von 15,3 % erzielte. Der dritte Einzelhandelsbereich mit überdurchschnittlich hoher Zuwachsrate ist der Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln. Dort

erhöhte sich der Umsatz um 9,6 %, womit der Zuwachs geringfügig höher war als 1976.

Nach der Abschwächung des Autobooms rücken jetzt andere Warengruppen mehr und mehr in den Blickpunkt des Käuferinteresses. Dazu zählen neben Möbeln auch Textilwaren sowie elektrotechnische und optische Erzeugnisse. So erhöhte sich der Umsatzzuwachs im Einzelhandel mit elektrotechnischen und optischen Erzeugnissen von 4,5 % im Jahr 1976 auf 9,0 % im vergangenen Jahr. Im Einzelhandel mit Textilwaren führte die steigende Nachfrage zu einer Erhöhung der Umsätze um 7,5 % gegenüber 3,0 % im Jahre 1976.

Geringere Umsätze als im Vorjahr wurden von allen Bereichen des Einzelhandels nur vom Einzelhandel mit Kohle und Mineralölerzeugnissen gemeldet. Nominal betrug der Rückgang 4,7 %. Rückläufig war der Umsatz jedoch nur im Einzelhandel mit Brennstoffen.

Gastgewerbe

Im Gastgewerbe verlief die Umsatzentwicklung insgesamt zufriedenstellend. Mit einem Umsatzplus von 7,7 % wurde ein höherer Zuwachs als 1976 erzielt. Der durchwachsene Sommer des vergangenen Jahres dürfte dabei die Nachfrage im Bereich der Gastronomie eher angeregt als gehemmt haben. Auf der anderen Seite hat sich die Nachfrageentwicklung in den Ferientempeln weiter normalisiert, so daß zusätzliche Wachstumsimpulse aus diesem Bereich ausblieben. Mit einem Umsatzzuwachs von 8,6 % schnitt das Gaststättengewerbe etwas besser ab als das Beherbergungsgewerbe, das auf ein Plus von 6,2 % kam.

Verkehr

Güterverkehr

Der Güterumschlag der schleswig-holsteinischen Häfen in der Binnenschifffahrt lag im Jahre 1977 bei 5,16 Mill. t; gegenüber dem Jahre 1976 ist somit ein Rückgang um 0,7 % zu verzeichnen. Die mit einem Gesamtumschlag von 2,59 Mill. t mit Abstand größte Güterabteilung „Erdöl, Mineralölerzeugnisse, Gase“ hatte auch den

mengenmäßig größten Rückgang zu verzeichnen: Der Umschlag ging um 281 000 t oder 9,8 % auf 2,59 Mill. t zurück. Innerhalb dieser Abteilung war es insbesondere die Güterhauptgruppe „Kraftstoffe und Heizöl“, die mit einem Rückgang um 265 000 t oder 11,7 % auf 2 Mill. t dieses negative Ergebnis hervorgerufen hat. Positiv hat sich die Abteilung „Steine und Erden (einschließlich Baustoffe)“ mit 1,53 Mill. t gegenüber

1,47 Mill. t im Vorjahr (+ 4,4 %) entwickelt. Auch bei der Güterabteilung „Andere Nahrungs- und Futtermittel“ konnte ein Anstieg um 15,4 % auf 0,49 Mill. t verbucht werden. Erwähnenswert bleiben schließlich die „Land-, forstwirtschaftlichen und verwandten Erzeugnisse (einschließlich lebende Tiere)“ mit 0,34 Mill. t (+ 14,9 %), während alle übrigen Güterabteilungen zusammen einen Umschlag von weniger als 0,2 Mill. t verzeichneten.

In der Seeschifffahrt wies der Güterumschlag im 1. Halbjahr 1977 ein Volumen von 9,33 Mill. t auf. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres (8,76 Mill. t) ist dies ein Anstieg um 6,5 %. Die Hauptanteile am Umschlag hatten die Güterabteilungen „Erdöl, Mineralöl-erzeugnisse, Gase“ mit 2,73 Mill. t (+ 7,6 %), „Fahrzeuge, Maschinen usw.“ mit 1,90 Mill. t (+ 2,3 %), „Feste mineralische Brennstoffe“ mit 0,92 Mill. t (– 11,6 %) sowie „Land-, forstwirtschaftliche und verwandte Erzeugnisse (einschließlich lebende Tiere)“ mit 0,85 Mill. t (+ 13,4 %).

Die im Schienenverkehr umgeschlagene Gütermenge lag im 1. Halbjahr 1977 bei 3,37 Mill. t. Sie ist damit gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 2,4 % zurückgegangen.

Ein relativ großer Anstieg ist dagegen bei den im Fernverkehr mit Lastkraftwagen beförderten Gütern zu verzeichnen. Gegenüber 6,21 Mill. t im ersten Halbjahr 1976 wurden hier im gleichen Zeitraum 1977 6,68 Mill. t Güter (+ 7,5 %) umgeschlagen.

Von der gesamten Transportleistung der vier genannten Verkehrsträger hatte die Seeschifffahrt mit 43 % des Gütergewichts im ersten Halbjahr 1977 den größten Anteil. Es folgen die Lastkraftwagen mit 31 %, die Eisenbahn mit 16 % und letztlich die Binnenschifffahrt mit einem Anteil von 11 %.

Kfz-Bestand

Der Bestand an zulassungspflichtigen Kraftfahrzeugen (ohne Bundesbahn und Bundespost) hat sich von Mitte 1976 bis Mitte 1977 um 58 000 Fahrzeuge (+ 6,2 %) auf fast 980 000 Fahrzeuge erhöht. Die Personenkraftwagen (einschließlich Kombinationskraftwagen) machten 86 % dieses Bestandes aus, an der Erhöhung waren sie zu 91 % beteiligt. Relativ gesehen nahm jedoch, wie schon im Vorjahresvergleich festzustellen war, die Zahl der Krafträder (ohne Kleinkrafträder) am

stärksten zu. Gegenüber dem 1. Juli 1976 ergibt sich eine Zunahme um 22 % auf 11 400, wobei allerdings gesehen werden muß, daß diese Fahrzeuggruppen nur 1 % des Kraftfahrzeugbestandes ausmacht. Außerdem befinden sich noch 9 700 Kleinkrafträder (+ 2 %) mit amtlichem Kennzeichen und 69 000 Kleinkrafträder mit Versicherungskennzeichen (+ 3 %) im Verkehr; diese letztere Zahl (es handelt sich um Mofas, Mopeds und Mokicks) ist vom Kraftfahrtbundesamt geschätzt worden. Um jeweils 4,3 % hat die Zahl der Kraftomnibusse sowie die der Lastkraftwagen (einschließlich Lkw mit Spezialaufbau) zugenommen; bei den Kraftomnibussen ist nunmehr ein Bestand von 2 400, bei den Lastkraftwagen ein solcher von 49 000 zu verzeichnen. Der Bestand an Zugmaschinen ist geringfügig, nämlich um 0,7 % auf 72 000 angestiegen. Die Zahl der „übrigen Kraftfahrzeuge“ stieg um 7,9 % auf 6 600 an. Zu den Fahrzeugen dieser Gruppe, in den Vorjahren jeweils als „Sonderkraftfahrzeuge“ ausgewiesen, gehören nicht mehr die Lastkraftwagen mit Spezialaufbau; diese sind jetzt den Lastkraftwagen zugeordnet worden. Neben den rund 980 000 Kraftfahrzeugen waren am 1. Juli 1977 50 000 Kraftfahrzeuganhänger registriert. Ihre Zahl ist damit um 7,6 % angestiegen.

Bei den Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge wurden im Jahre 1977 abermals Rekordzahlen erreicht: Von Januar bis einschließlich November wurden bereits 108 000 Kraftfahrzeuge neu zugelassen, gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres bedeutet das eine Steigerung um 9,1 %. Bei 89 % der Neuzulassungen handelt es sich um Personenkraftwagen.

Straßenverkehrsunfälle

Im Jahre 1977 ereigneten sich — nach zum Teil vorläufigen Feststellungen — in Schleswig-Holstein 18 709 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden. Bei diesen Unfällen wurden 724 Personen getötet und 24 601 verletzt. Gegenüber 1976 erhöhte sich die Zahl der Unfälle und Verletzten um jeweils 6 %, die Zahl der Getöteten stieg um 23 % auf 724 an. Das ist die bisher höchste Zahl der Verkehrstoten seit 1973. Damals kamen 727 Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben. In der Zeit von Januar bis einschließlich Oktober kamen 1977 ein Viertel mehr Menschen ums Leben als 1976. Gliedert man die Zahlen nach der Ortslage auf, so ist festzustellen, daß die Zahl der

Getöteten außerhalb von Ortschaften besonders stark, nämlich um 38 % angestiegen ist. Innerorts ist dagegen ein Anstieg um nur 7,2 % zu verzeichnen. Auch die Zahl der Schwerverletzten hat sich, wenn auch nur geringfügig, außerhalb von Ortschaften stärker erhöht als innerorts. Die Zuwachsraten lagen bei 2,6 und 0,9 %. Diese Tendenz setzt sich bei den Leichtverletzten fort (11,1 und 9,5 %). Welchen Verlauf das Unfallgeschehen auf den einzelnen Straßenarten genommen hat, geht aus folgender Übersicht hervor.

Auffällig ist der mit 1,3 % relativ geringe Anstieg der Unfälle auf den Autobahnen. Trotz dieses Anstiegs nahm die Zahl der Getöteten hier um 40,9 %, die der Schwerverletzten um 6,4 % und die der Leichtverletzten um 4,9 % ab. Bei den Getöteten ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Vergleichszahlen verhältnismäßig klein sind und insofern eine eingeschränkte Aussagefähigkeit haben. Es ist zu vermuten, daß die größere „Anschlaffreudigkeit“ bei längeren Autofahrten zu diesem insgesamt doch positiven Ergebnis beigetragen hat.

Von den im Zeitraum von Januar bis Oktober insgesamt 21 009 Verunglückten waren 56,5 % Fahrer und Mitfahrer von Personenkraftwagen. Die Zahl der in Pkw verunglückten Personen stieg damit gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 9,9 %. Bei den Kraftfahrzeugen und -rollern einschließlich der Kleinkraftwagen mit amtlichem Kennzeichen ist die Zahl der

Unfälle mit Personenschaden nach Straßenart und Ortslage

Straßenart	Unfälle	Getö-	Schwer-	Leicht-
	mit	tete	ver-	ver-
	Per-		letzte	letzte
	sonen-			
	schaden			
	Veränderung 1977 gegenüber 1976 in % (jeweils Januar bis Oktober)			
Autobahnen	+ 1,3	- 40,9	- 6,4	- 4,9
Bundesstraßen	+ 12,0	+ 24,1	+ 2,2	+ 16,9
Landesstraßen	+ 7,9	+ 44,9	+ 5,5	+ 12,7
Kreisstraßen	+ 10,6	+ 2,4	+ 3,4	+ 13,3
Sonstige Straßen	+ 2,3	+ 43,5	- 2,3	+ 2,1
Insgesamt	+ 7,4	+ 25,3	+ 1,6	+ 10,1
davon				
außerhalb von Ortschaften	+ 8,7	+ 38,0	+ 2,6	+ 11,1
innerhalb von Ortschaften	+ 6,8	+ 7,2	+ 0,9	+ 9,5

Verunglückten um 6,6 % zurückgegangen, während bei den übrigen Kleinkraftfahrzeugen (mit Versicherungskennzeichen) ein Anstieg um 17 % zu verzeichnen ist. Die Zahl der verunglückten Radfahrer nahm um 10,6 % zu; etwa die Hälfte der Verunglückten waren Jugendliche unter 15 Jahren. Die Zahl der verunglückten Fußgänger ist geringfügig zurückgegangen (- 2,9 %).

Fremdenverkehr

Kapazität

Der Bestand an Betten, die dem Fremdenverkehr zur Verfügung stehen, hat sich im vergangenen Jahr nur unwesentlich erhöht. Am 1. April wurden rund 247 000 Betten in Beherbergungsbetrieben und in Privatquartieren der 159 Berichtsgemeinden ermittelt. Das sind 1 000 Betten oder 0,4 % mehr als im Jahre 1976. Außerdem wurden 5 800 Betten in Jugendherbergen (+ 3 %) und 7 900 Betten in Kinderheimen (- 2 %) angeboten.

Zur wichtigsten Unterkunftsart im Beherbergungsgewerbe haben sich die Ferienwohnungen und Ferien-

häuser entwickelt. Auf diese Unterkünfte entfielen im vergangenen Jahr 47 000 Betten, das sind 43 % des Bettenbestandes der gewerblichen Vermieter. Es folgen die Hotels mit 25 000 Betten (22 %) und die Hotels garni mit 24 000 Betten (ebenfalls 22 %). Leicht zurückgegangen ist der Bettenbestand der Pensionen; sie verfügten 1977 über 10 000 Betten (9 %). In den Gasthäusern lag die Zahl der Betten weiterhin bei 4 000. Dagegen ist der Bereich der Erholungsheime und Sanatorien in Bewegung geraten. So verringerte sich die Zahl der Erholungsheime von 124 im Jahre 1976 auf 118 im Jahre 1977. Die Zahl der Betten ging im 6 % zurück. Bei den Sanatorien nahm der Bettenbestand um 10 % ab. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf

die Stilllegung eines Sanatoriums in Bad Segeberg zurückzuführen. Einige Betriebe haben aber auch ihren Bettenbestand reduziert.

Der Rückgang der Betten in Erholungsheimen und Sanatorien bezog sich vor allem auf die Gruppe der Nordseebäder. Das gesamte Bettenangebot hat sich dort aber wenig verändert, da in anderen Betriebsarten der Bettenbestand aufgestockt wurde. Auch in den Ostseebädern blieb das Bettenangebot nahezu konstant. Zwar hat das Angebot an Ferienwohnungen abgenommen, da die Ferienzentren in Burg auf Fehmarn, Damp und Sierksdorf einen Teil ihrer Appartements verkauft haben, dafür sind aber mehr Betten in Privatquartieren angeboten worden. In den Heilbädern, in den übrigen Gemeinden, Erholungsorten und in den Luftkurorten ist das Bettenangebot weiter angestiegen. Der Zuwachs lag zwischen 1 und 3 %. Dagegen blieb die Kapazität in den Großstädten unverändert.

Gäste und Übernachtungen

Auf der Nachfrageseite stieg im Fremdenverkehrsjahr 1977 (Oktober 1976 bis September 1977) nur die Zahl der Gäste weiter an. Ohne den Fremdenverkehr in Jugendherbergen, Kinderheimen und auf Zeltplätzen wurden etwas mehr als 3 Millionen Gäste gezählt, das sind 3 % mehr als 1976. Die Zahl der Übernachtungen verharnte dagegen mit 24,5 Millionen auf dem Niveau des Vorjahres. Bei Berücksichtigung aller Beherbergungsstätten (einschl. Zeltplätzen) kommt man auf 4,9 Millionen Gäste und 36,0 Millionen Übernachtungen.

Im Winterhalbjahr wurden sowohl mehr Gäste als auch mehr Übernachtungen gegenüber dem Vorjahr registriert. Der Zuwachs betrug im allgemeinen Fremdenverkehr jeweils 6 %. Nimmt man den Monat März wegen der in beiden Berichtsjahren unterschiedlichen Lage des Osterfestes (und der Oster-Schulferien) aus dem Vergleich heraus, war der Zuwachs allerdings deutlich geringer. Es ergeben sich dann Anstiege von 1,4 und 0,2 %. Merklich geringer war der Fremdenverkehr im Dezember, was mit der Lage des Weihnachtsfestes im Jahre 1976 zusammenhängt. Da die Feiertage auf das Wochenende fielen, hat so mancher Bundesbürger auf einen Weihnachtsurlaub verzichtet und den Rest des Jahresurlaubs zu Ostern genommen. Im März 1977 war dann auch die Zahl der Übernachtungen um ein Drittel höher als 1976. Allerdings hat dazu auch der im Vergleich zu 1976 frühe Termin des

Der Fremdenverkehr 1977
(Oktober 1976 bis September 1977)

Gemeindegruppe	Gäste		Übernachtungen		Aufenthaltsdauer in Tagen
	in 1 000	Veränderung zum Vorjahr in %	in 1 000	Veränderung zum Vorjahr in %	
Großstädte	302	- 1	530	+ 1	1,8
Heilbäder	139	+ 3	1 127	- 1	8,1
Nordseebäder	620	+ 4	8 305	- 0	13,4
Ostseebäder	1 086	+ 3	10 072	- 0	9,3
Luftkurorte	175	+ 8	1 267	- 1	7,2
Erholungsorte	254	+ 4	2 310	+ 3	9,1
Übrige Gemeinden	458	- 0	864	+ 0	1,9
159 Berichtsgemeinden	3 034	+ 3	24 475	+ 0	8,1

Osterfestes im Jahre 1977 beigetragen. Er führte zu einem Rückgang des Fremdenverkehrs im April. In beiden Monaten zusammen wurde aber immer noch ein Übernachtungsplus von 5,1 % erreicht. Ausschlaggebend für das Abschneiden der Fremdenverkehrswirtschaft ist nach wie vor das Sommerhalbjahr. Trotz des niedrigeren April-Ergebnisses und des insgesamt schlechteren Wetters im vergangenen Sommer entfielen knapp 80 % aller Ankünfte im Fremdenverkehrsjahr 1977 auf die Zeit von April bis einschließlich September. Bei den Übernachtungen lag der Anteil sogar noch höher, nämlich bei knapp 90 %.

Das Sommerhalbjahr 1977 ist durch einen weiteren Anstieg der Gäste- und durch einen Rückgang der Übernachtungszahl gekennzeichnet. Es wurden 2,4 Millionen Gäste (+ 2 %) und 21,6 Millionen Übernachtungen (- 1 %) gezählt. Dazu kommen noch 1,8 Millionen Gäste und 11,0 Millionen Übernachtungen in Jugendherbergen, Kinderheimen und auf Zeltplätzen.

Infolge der gegenläufigen Entwicklung von Gäste- und Übernachtungszahlen hat sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer verkürzt. Während sie 1976 bei 9,4 Tagen lag, waren es 1977 nur noch 9,1 Tage. Schuld daran war vor allem das insgesamt ungünstigere Wetter im letzten Sommer. So fielen im Vergleich zu 1976 wesentlich mehr Niederschläge. Nur im Mai regnete es weniger. Auch die Sonne schien nicht so oft wie im „Jahrhundertsommer“. Gerade in den Hauptmonaten Juli und August lag die Sonnenscheindauer zum Teil erheblich unter dem langjährigen Durchschnitt.

Da zu Beginn des Sommerhalbjahres das Wetter noch verhältnismäßig schön war, sank der Fremdenverkehr erst in der zweiten Hälfte des Sommerhalbjahres unter das Vorjahresniveau. In den beiden Monaten Mai und Juni zusammen war die Zahl der Gäste um 7,3 % und die der Übernachtungen um 6,2 % höher als in denselben Monaten 1976. In den Monaten Juli bis September wurden dagegen 2,5 % weniger Übernachtungen registriert. Die Gästezahl lag zugleich um 0,3 % höher.

Das schlechtere Wetter im letzten Sommer wirkte sich vor allem auf die Seebäder aus. Sowohl an der Nordsee als auch an der Ostsee ging die Zahl der Übernachtungen im Sommerhalbjahr um 1 % zurück. Die Zahl der Gäste stieg dagegen weiter an, an der Ostsee um 2 %, an der Nordsee um 1 %.

Es gab aber auch einige Bereiche, die sich noch verbessern konnten, so die Ferienzentren und die Jugendherbergen. Die Ferienzentren erreichten zwar nicht

mehr so hohe Zuwachsraten wie in früheren Jahren, doch gab es selbst bei den Übernachtungen noch ein Plus. Dies ist um so bemerkenswerter, als durch den Verkauf von Appartements die Kapazität der Ferienzentren um 6 % sank. Steigende Gäste- und Übernachtungszahlen konnten auch die Jugendherbergen vorweisen. Damit setzte sich die steigende Tendenz im Jugendherbergstourismus fort, die sich auf das gesamte Bundesgebiet erstreckt.

Auf den Zeltplätzen wurden ebenfalls mehr Gäste festgestellt als 1976, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer war jedoch kürzer, so daß insgesamt weniger Übernachtungen registriert wurden. Der Durchreiseverkehr ging infolge des schlechten Wetters gegenüber dem Vorjahr zurück. Auch die Dauercamper ließen sich im vergangenen Sommer nicht so oft blicken. Wenn das Dauercamping nur leicht zurückging, dann lag es daran, daß die Zahl der Stellplätze um etwa 6 % erhöht worden ist.

Preise

Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsgrad, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges angemessenes Wirtschaftswachstum nennt das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft als jene vier Ziele, an denen sich die Wirtschaftspolitik gleichzeitig auszurichten hat. In welchem Maße sich die Bundesrepublik 1977 dem ersten Ziel — der Stabilität des Preisniveaus — nähern konnte, soll an Hand ausgewählter Preisindizes beschrieben werden.

Weltmarktpreisentwicklung

Die Preisbildung auf bundesdeutschen Märkten ist — abgesehen vom Eigenleben der EG-Agrarmarktordnungen — eng gekoppelt mit dem Preisgeschehen auf dem Weltmarkt. Die Enge dieses Zusammenhangs wächst mit dem Anteil des Bruttosozialprodukts, den ein Staat in den Welthandel einbindet. Dieser Anteil beträgt im Falle der Bundesrepublik gut ein Viertel, und das bedeutet 1977 auf der Exportseite ein Volumen fast so groß wie das der Vereinigten Staaten, gemessen auf US-Dollar-Basis.

Die nationale Preisbildung wird bei derart exportorientierten Staaten meist von zwei Faktoren außenwirt-

schaftlich beeinflußt: dem Wechselkurs der D-Mark und den Weltmarktpreisen selbst.

Merkliche Aufwertung der DM

Der Außenwert der D-Mark gegenüber den 22 wichtigsten Handelspartnern der Bundesrepublik hat sich von 1976 auf 1977 um durchschnittlich 8,8 % verbessert. Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 1977 ging mit dem sich abzeichnenden Rekorddefizit der Leistungsbilanz der Vereinigten Staaten ein Mißtrauen gegenüber dem US-Dollar einher, das zu einem ungewöhnlich hohen Aufwertungssatz der D-Mark führte. Er betrug zwischen Ende 1976 und 1977 gut 12 %.

Weltmarktpreise: Auf neuem Höchststand

Der Index der Weltmarktpreise des HWWA¹, in den 47 Waren eingehen und der auf US-Dollar Basis berechnet wird, soll in diesem Zusammenhang verein-

1) Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (Institut für Wirtschaftsforschung)

fachend als Weltmarktpreisindikator herangezogen werden. Trotz flauer Weltkonjunktur erreichte dieser Index im April 1977 — erstmals wieder seit der allgemeinen Hausse des Jahres 1974 — einen neuen Höchststand, gab bis Oktober nach, und festigte sich zum Jahresende erneut. Im Jahresdurchschnitt 1977 war ein Anstieg der Weltmarktpreise gegenüber dem Vorjahr um 10,3 % nachweisbar.

Diesem Preisanstieg steht für den gleichen Zeitraum ein Aufwertungssatz der D-Mark zum US-Dollar von 8,4 % gegenüber, so daß per Saldo ein Wechselkursbereinigter Preisanstieg der im Index gemessenen Welthandelsgüter für die Bundesrepublik 1977 verbleibt. Im Verlauf des Jahres 1977 — insbesondere seit dem Aufwertungsdruck auf die D-Mark im Juli 1977 — ist ihr Außenwert zum US-Dollar stärker im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat angestiegen als der auf US-Dollar-Basis gemessene Preisanstieg der Welthandelsgüter. Daher ist von Seiten des Außenhandels in der zweiten Jahreshälfte ein dämpfender Effekt auf binnenwirtschaftliche Preisanstiegsraten zu vermuten, während in der ersten Jahreshälfte diese Anstiegsraten eher forciert wurden.

Ein- und Ausführpreisentwicklung

Diese pauschalen Aussagen müssen differenziert werden, da die Preisentwicklungen der Welthandelsgüter nach einzelnen Ländern sowie nach der Im- und Exportseite — aufgrund der den Außenhandel begründenden komparativen Kostenvorteile — unterschiedlicher Natur sein werden. Die amtlichen Indizes der Ein- und Ausfuhr tragen diesem Gedanken Rechnung und sind zudem auf D-Mark-Basis berechnet.

Einfuhrpreise:

In der Gunst der DM — Aufwertung

Die jährliche Teuerungsrate der bundesdeutschen Einfuhr ist nach 6,7 % im Jahre 1976 auf 1,5 % in 1977 zurückgegangen. Die Preisveränderungsraten zum jeweiligen Vorjahresmonat stiegen von + 4,1 % im Januar auf über 5 % in den Monaten März/April an und sanken dann bis zum Dezember kontinuierlich auf - 2 % ab. Dieser 1977 ausgeprägte Verlauf ansteigender und anschließend sinkender Preisveränderungsraten ist bei allen größeren Indexgruppen erkennbar und deckt sich mit der oben erwähnten Wechsel-

kursbereinigten Preisbewegung der Welthandelsgüter. Der auffällig gleichmäßige Preisanstieg für Ernährungsgüter tierischen Ursprungs fällt aus dieser Entwicklung heraus. Da etwa zwei Drittel dieser importierten Produkte aus der EG stammen, schlagen die Eigengesetzlichkeiten der EG-Marktordnungen in dieser Indexgruppe besonders stark durch. 1977 wurden Ernährungsgüter in Jahresfrist etwa um 10,4 %, jene tierischen Ursprungs um 2,9 % und pflanzliche Ernährungsgüter um 12,7 % teurer importiert. Besonders gravierend war der Preisanstieg für einzelne Genußmittel. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat wurden Rohkaffee teilweise bis 168 %, Rohkakao bis 165 % und Tee bis 163 % teurer eingeführt.

Güter der gewerblichen Wirtschaft, die mit einem Gewicht von 80 % in den Einfuhrpreisindex eingehen, nahmen die Importeure zu jahresdurchschnittlich kaum veränderten Preisen auf. Von ihnen veränderten sich die Importpreise der überwiegend aus Drittländern importierten Rohstoffe um - 0,3 %, der Halbwaren um - 1,9 % und der größtenteils aus EG-Ländern stammenden Fertigwaren um 0,9 %.

Diese globale Betrachtung vermittelt jedoch nur ein Durchschnittsbild und spiegelt nicht die teilweise recht differenzierte Preisentwicklung der für die Industrie der Bundesrepublik besonders wichtigen Grundstoffe wider.

Erfahrungsgemäß besonders konjunkturreagibel sind die Preise für NE-Metalle und deren Halbzeug, die mit knapp 7 % im Index der Einfuhrpreise gewogen werden. Der Preisvergleich zum Jahresende zeigt, daß sie um 7,7 % günstiger einzuführen waren als noch vor Jahresfrist. Nennenswerte Preisanhebungen waren nur für Rohzinn (+ 29,4) und Rohblei (+ 18,2 %) zu beobachten. Der Bedarf an Rohzinn ist weltweit größer als dessen Produktion; verschärfte Umweltschutzbedingungen drosselten die Bleiproduktion, und der konjunkturelle Aufschwung in der Automobilproduktion (Verwendung in Batterien) führte zu verstärkter Bleinachfrage. Nennenswert günstiger wurden vor allem Kupfer (- 15,4 %), Rohzink (- 27,2 %) und Rohnickel (- 20,2 %) eingeführt.

Weiterhin nennenswert teurer wurden im gleichen Zeitraum gehandelt das Edelmetall Gold (+ 15,2 %), rohe und bearbeitete Edelsteine (+ 12,9 %) und Erdgas (+ 18,1 %), während Baumwolle (- 36,5 %), Holzschliff und Zellstoff (- 21,5 %), Motorenbenzin (- 15,0 %), Eisenerze und Grundstoffe aus Eisen und Stahl (- 8,0 %) sowie Handelsdünger (- 8,2 %) günstiger angeboten wurden.

Ausfuhrpreise: Eingeklemmt zwischen Kosten- und Aufwertungsdruck

Die jährliche Teuerungsrate der bundesdeutschen Ausfuhr ist 1977 auf 1,4 % geschrumpft, nachdem sie in den zwei vorangegangenen Jahren jeweils knapp 4 % erreicht hatte. Die Preissteigerungsrate zum jeweiligen Vorjahresmonat nahm zum Jahresende hin tendenziell ab. Im Dezember hatte sich die Preisanstiegsrate mit 1,1 % gegenüber dem Januar halbiert. Besonders Gewicht nehmen im Index der Ausfuhrpreise — entsprechend der bundesdeutschen Exportstruktur — die Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie mit 96 % ein. Hiervon bilden ausgeprägte Exportschwerpunkte Eisen und Stahl, Maschinenbauerzeugnisse, Straßenfahrzeuge und chemische Erzeugnisse, deren Preisentwicklung allein mit über 50 % im Index der Ausfuhrpreise gewogen wird. Von diesen Produktgruppen war 1977 die Eisen- und Stahlindustrie aufgrund der flauen Weltkonjunktur einem Preisdruck besonders stark ausgesetzt. Ihre Produkte konnten bis November 1977 durchschnittlich 11,6 % weniger auf den Exportmärkten Erlösen als noch 1976. Gegen Jahresende 1977 war der Preisverfall — gemessen jeweils zum Vorjahresmonat — bei — 11,6 % im November angelangt, beginnend mit — 3,3 % im Januar und nach — 16,4 % im Juli. Auch chemische Erzeugnisse wurden im Verlauf des Jahres 1977 zu niedrigeren DM-Preisen exportiert als noch 1976. Am Jahresende bewegte sich der Preisstand um 2,6 % unter dem Vorjahresniveau. Günstigere Exportpreise als 1976 ließen sich für Maschinenbauerzeugnisse und Straßenfahrzeuge erzielen. Am Jahresende 1977 erlösten die Exporteure hierfür um 4,6 % und 4,0 % höhere DM-Preise als noch vor Jahresfrist.

Terms of Trade

Die Terms of Trade — errechnet als Relation von Ausfuhrpreis- zu Einfuhrpreisveränderungen — zeigen, in welchem Umfang sich die Ausfuhr der Bundesrepublik gegenüber ihrer Einfuhr (jeweils bezogen auf ein Basisjahr) verteuert oder verbilligt hat. Nach einer Verschlechterung dieses realen Austauschverhältnisses um 2,6 % von 1975 auf 1976 hat es sich im Durchschnitt des Jahres 1977 gegenüber 1976 nur geringfügig verändert. Das tendenzielle Sinken des realen Austauschverhältnisses seit Mitte 1975 ist ab April 1977 durch einen Anstieg abgelöst worden, der überwiegend in dem oben beschriebenen Rückgang

der Importpreise und dessen Ursachen begründet ist, während gleichzeitig der Index der Ausfuhrpreise — eingeklemmt in binnenwirtschaftliche Kostensteigerungen und außenwirtschaftlichen Aufwertungsdruck — eher unbeweglich verlief.

Industrielle Erzeugerpreise:

Weiche Preise bei Eisen und Stahl

Mit den stärker ansteigenden Lohnstückkosten im Verhältnis zu den im Export erzielbaren DM-Preisen ging sicher eine Gewinnschmälerung der Exportwirtschaft einher. Eine Möglichkeit, sich dieser Gewinnkompression — zumindest teilweise — zu entziehen, könnte in einem verstärkten Binnenabsatz gesehen werden. Für diese auf dem Inlandsmarkt abgesetzten industriellen Produkte wird die effektive Preisentwicklung durch den Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte gemessen. Er lag im Jahresdurchschnitt 1977 um 2,6 % höher als 1976. Ein ebenso geringer Anstieg des Preisniveaus war hier zuletzt 1972 beobachtet worden. In den Jahren 1975 und 1976 hatten sich die jährlichen Preissteigerungsraten auf 4,7 % und 3,9 %, 1974 sogar auf 13,4 % belaufen. 1977 sind die industriellen Erzeugerpreise bis in den Juli hinein angestiegen und bis zum Jahresende leicht zurückgegangen. Da sie 1976 mit Ausnahme der letzten zwei Monate kontinuierlich und mit höherer Rate anzogen, errechnen sich für die einzelnen Monate des Jahres 1977 meist sinkende Preissteigerungsraten zum jeweiligen Vorjahresmonat. Betrug diese Rate im Januar noch 4,2 %, so war sie kontinuierlich bis zum Oktober auf 1,5 % zurückgegangen, das Jahr schloß mit 1,7 %.

Dieser Rückgang der Preissteigerungsraten zum jeweiligen Vorjahresmonat vollzog sich gleichartig — wenn auch auf unterschiedlichem Niveau — bei den einzelnen im Index vertretenen Warengruppen. Von Januar auf November gingen diese Raten zurück etwa für Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien von 3,6 % auf — 1,7 %, der Investitionsgüterindustrien von 4,1 % auf 3,3 %, der Verbrauchsgüterindustrien von 4,5 % auf 1,7 %, der Nahrungs- und Genußmittelindustrien von 6,9 % auf 5,6 %. Seit Oktober 1976 fallen die Preise für Grundstoffe und Produktionsgüter tendenziell, seit August/September 1977 stagnieren praktisch die Preise für Investitions- und Verbrauchsgüter, und die Preise für Nahrungs- und Genußmittel haben ihren Anstieg seit September 1977 unterbrochen. Ende 1977 hatte sich die Preisänderungsrate zum Vorjahresmonat bei folgenden

Erzeugnissen besonders weit vom Durchschnittswert entfernt: Tabakwaren (+ 16,3 %; Erhöhung der Tabaksteuer im Januar 1977), Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz (+ 5,5 %), Lederwaren und Schuhe (+ 5,4 %), feinkeramische Erzeugnisse (+ 5,0 %); Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen sowie Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe (je - 3,1 %) sowie Eisen und Stahl (- 8,2 %).

Großhandelsverkaufspreise:

Ein Spiegel der Konjunktur

Mehr als jeder andere amtliche Preisindex reagiert der Index der Großhandelsverkaufspreise auf Änderungen des konjunkturellen Klimas. Er lag 1977 durchschnittlich um 1,8 % höher als 1976 und hat damit die geringste jährliche Steigerungsrate seit 1968 erreicht. Der Index zog von November 1976 bis April 1977 kontinuierlich insgesamt um 2,9 % an und ging dann bis zum Jahresende 1977 wieder um 2,5 % zurück. Damit erreichte das Preisniveau der Großhandelsverkaufspreise am Jahresende 1977 etwa den gleichen Stand wie Ende 1976.

Da sich Preisveränderungen in den vorgelagerten Einfuhr- und Erzeugerstufen je nach der Preiselastizität auf den einzelnen Märkten mehr oder weniger stark auch auf der Großhandelsstufe durchsetzen, bleiben hier teilweise bereits oben angesprochene Waren und Warengruppen zu nennen, deren Preisentwicklung erheblich vom Durchschnittsverlauf abwich. So wurden im November 1977 nennenswert teurer als vor Jahresfrist vom Großhandel abgegeben: Kakaopulver (+ 107,2 %), einfache Tafelschokolade (+ 39,5 %), Seefische (+ 25,0 %), Kaffee (+ 24,8 %), Blumen und andere Zierpflanzen (+ 23,2 %), Tabakwaren (+ 18,0 %) und Spirituosen (+ 13,0 %; Erhöhung der Branntweinsteuer im Januar 1977). Im gleichen Zeitraum wurden nennenswert günstiger angeboten: Speisekartoffeln (- 71,5 %), Frischgemüse (- 21,2 %), Eisen und Stahl (- 14,4 %), bearbeitete Wolle (- 11,1 %) sowie NE-Metalle und deren Halbzeug (- 7,7 %).

Baupreise:

Überdurchschnittlicher Anstieg

Die Preisentwicklung auf dem Baupreisindex hat sich seit der konjunkturellen Talsohle 1975 tendenziell beschleunigt. Stiegen die Preise für neu errichtete Wohn-

gebäude in Jahresfrist 1975 noch um 2,4 % und 1976 um 3,5 % an, so zog diese Rate 1977 — einem Jahr, dessen Konjunkturverlauf zur Zeit schwierig zu beurteilen ist — um 4,9 % an. Die Preissteigerungsrate zum Vorjahresmonat dieses vierteljährlich berechneten Index für Wohngebäude schwankte im Jahresverlauf zwischen 4,8 % (November) und 5,0 % (Mai, August). Solche Preissteigerungsraten erscheinen gegenüber den oben erwähnten Raten anderer Indizes vergleichsweise hoch. Diese Aussage wird jedoch relativiert, wenn die Entwicklung der Kostenseite der Baubranche herangezogen wird. Danach sind knapp die Hälfte der Baukosten Personalkosten, die in Schleswig-Holstein 1977 zwischen 6,2 % und 7,7 % in Jahresfrist anzogen; weiterhin bedingen etwa ein Viertel der Kosten die Bau-, Hilfs- und Rohstoffe sowie Bauteile. Die Preissteigerung zum Vorjahresmonat auf der Großhandelsstufe für Steine und Erden lag im November gar bei 8,6 %.

Preise der Lebenshaltung:

Der Preisstabilität ein Stück näher

Landläufig als Gradmesser der Inflation wird der Preisindex der Lebenshaltung betrachtet. Er mißt für unterschiedliche Haushaltstypen die Preissteigerung des privaten Konsums, in den letztlich die überwiegenden Aktivitäten der vorgelagerten Einfuhr-, Erzeuger- und Handelsstufen einfließen. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist im Bundesgebiet 1977 um 3,9 % gegenüber 1976 angestiegen und erreichte damit erstmals seit 1970 (+ 3,4 %) eine jährliche durchschnittliche Steigerungsrate unter 4 %. 1976 hatte diese Steigerungsrate noch 4,5 %, 1975 6 % und 1974 gar 7 % betragen.

Ähnlich dem Indexverlauf in konsumvorgelagerten Stufen erreichte die Teuerungsrate zum vergleichbaren Vormonat — beginnend bei 4 % — im Juli mit 4,3 % ihren jährlichen Höchststand; bis Dezember fiel sie auf 3,5 % zurück. Eine ähnlich geringe Anstiegsrate wurde zuletzt im Juli 1970 (3,4 %) gemessen.

Überdurchschnittliche Preisanstiegsraten von 1976 zu 1977 wurden in diesem Index für folgende Hauptgruppen gemessen: Nahrungs- und Genußmittel (+ 5,0 %), persönliche Ausstattung, sonstige Waren und Dienstleistungen (+ 4,6 %), Kleidung, Schuhe (+ 4,5 %) und Waren und Dienstleistungen für die Körper- und Gesundheitspflege (+ 4,3 %). Trotz geringfügig fallender jahresdurchschnittlicher Teuerungsrate von 5,1 % im Jahre 1976 auf 5,0 % übernimmt

Entwicklung ausgewählter Preisindizes im Bundesgebiet (1970 = 100)

Veränderung zur jeweiligen Vorjahresperiode in %

Jahr	Außenwert der DM		Welt-	Einfuhr-	Ausfuhr-	Erzeuger-	Groß-	Einzel-	Preisindex	Preisindex
Monat	insgesamt	gegen-	markt-	preise	preise	preise	handels-	handels-	für die	für Wohn-
	(22 wichtige	über	preise			indu-	ver-	preise ²	Lebens-	gebäude
	Handels-	dem	(HWWA-			strieller	kaufs-		haltung	Bau-
	partner der	US-Dollar	Index)			Produkte ¹	preise ¹		aller	leistungen
	Bundes-								privaten	am Bauwerk ²
	republik)								Haushalte	
1975 D	+ 1,6	+ 5,3	- 8,9	- 1,7	+ 3,9	+ 4,7	+ 3,4	+ 5,4	+ 6,0	+ 2,4
1976 D	+ 7,3	- 2,4	+ 5,4	+ 6,7	+ 3,8	+ 3,9	+ 5,8	+ 3,5	+ 4,5	+ 3,5
1977 D	+ 8,8	+ 8,4	+ 10,3	+ 1,5	+ 1,3	+ 2,6	+ 1,8	+ 3,8	+ 3,9	+ 4,9
1977 Januar	+ 14,1	+ 8,9	+ 13,7	+ 4,1	+ 2,2	+ 4,2	+ 4,5	+ 3,7	+ 4,1	
Februar	+ 10,7	+ 6,4	+ 14,8	+ 4,9	+ 2,3	+ 3,8	+ 4,1	+ 3,7	+ 4,0	+ 0,8
März	+ 8,8	+ 7,1	+ 19,6	+ 5,7	+ 2,3	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,9	
April	+ 6,9	+ 6,8	+ 18,3	+ 5,2	+ 2,1	+ 3,4	+ 3,0	+ 3,7	+ 3,8	
Mai	+ 8,4	+ 8,7	+ 14,3	+ 3,6	+ 1,5	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,9	+ 3,8	+ 2,7
Juni	+ 8,7	+ 9,4	+ 9,7	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,7	+ 2,7	+ 4,0	+ 4,0	
Juli	+ 11,0	+ 12,7	+ 7,4	- 1,1	+ 0,7	+ 2,2	+ 1,5	+ 4,4	+ 4,3	
August	+ 8,6	+ 9,2	+ 5,9	- 1,2	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,3	+ 3,9	+ 3,9	+ 0,9
September	+ 7,8	+ 7,3	+ 5,6	- 1,0	+ 0,6	+ 1,7	- 0,1	+ 3,8	+ 3,7	
Oktober	+ 6,3	+ 6,7	+ 3,9	- 0,4	+ 0,9	+ 1,5	- 0,5	+ 3,8	+ 3,8	
November	+ 6,3	+ 7,6	+ 5,4	- 0,9	+ 1,1	+ 1,7	- 0,2	+ 3,7	+ 3,7	+ 0,3
Dezember	+ 8,1	+ 10,8	+ 1,6	- 2,0	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,1	+ 3,4	+ 3,5	

1) ohne Mehrwertsteuer

2) einschließlich Mehrwertsteuer

die Indexgruppe Nahrungs- und Genußmittel nach dem zweiten Rang im Vorjahr nunmehr den ersten Rang der Teuerungsraten in 1977. Diese Rangverschiebung geht auf den ungewöhnlich hohen Anstieg der Genußmittelpreise um 12,9 % zurück, der durch die oben angesprochenen Weltrohkafeepreise und die Erhöhung der Branntwein- und Tabaksteuer bedingt ist. Die überwiegend durch Marktordnungen regulierten Nahrungsmittelpreise stiegen indessen nur um 2,5 % in Jahresfrist an. Allerdings hat die normalisierte Preisentwicklung der saisonabhängigen Nahrungsmittel (+ 1,9 %) zu dieser geringen Steigerungsrate 1977 beigetragen, nachdem diese Warengruppe im Vorjahr aufgrund der Auswirkungen des Dürresommers 1976 den Verbrauchern ein um gut 13 % höheres Preisniveau beschert hatte. Unterdurchschnittliche Preisanstiegsraten von 1976 zu 1977 konnten in fünf Hauptgruppen festgestellt werden: Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung (+ 3,5 %), Wohnungsmiete (+ 3,4 %), Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke (+ 2,6 %), solche für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermitt-

lung (+ 2,3 %), und das Schlußlicht bildet die Indexgruppe Elektrizität, Gas, Brennstoffe. Gliedert man den

Preissteigerungsrate der Lebenshaltung

Staat	D 1974	D 1975	Sept. 1976
	D 1975	D 1976	Sept. 1977
	in %	in %	in %
Schweiz	6,7	1,7	1,6
Bundesrepublik	6,0	4,5	3,7
Österreich	8,4	7,3	5,1
Luxemburg	10,7	9,8	5,8
Niederlande	9,9	8,9	6,4
Belgien	12,8	9,2	6,5
Vereinigte Staaten	9,1	5,8	6,5
Japan	11,8	9,3	7,6
Frankreich	11,8	9,6	9,7
Dänemark	9,6	9,0	10,1
Schweden	9,8	10,3	13,4
Großbritannien			
und Nordirland	24,2	16,5	15,6
Italien	17,0	16,8	18,1
Portugal	15,2	21,2	21,2

Warenkorb, auf dem die Preisindexberechnung für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte fußt, nach der Dauerhaftigkeit und dem Wert seiner Güter, so zeigt sich ein durchschnittlicher Preisanstieg bei Verbrauchsgütern und Reparaturen (+ 3,9 %); Gebrauchsgüter von mittlerer Lebensdauer oder begrenztem Wert wurden um 4,1 % teurer angeboten; langlebige, hochwertige Gebrauchsgüter verkaufte der Einzelhandel mit einem Preisaufschlag von nur 2,9 % zum Vorjahr. Die lohnintensiven Dienstleistungen wurden zu 4,5 % höheren Preisen ausgeführt als noch 1976.

Arbeitsverdienste

Arbeiter

Im Durchschnitt der Monatsergebnisse für Januar, April, Juli und Oktober 1977 erzielte ein männlicher Industriearbeiter¹ in Schleswig-Holstein einen Bruttowochenverdienst von 515 DM, das sind 6,8 % mehr als im Durchschnitt des Vorjahres. Wie auch im Vorjahr fiel bei den Arbeiterinnen dieser Anstieg der Bruttowochenverdienste mit 7,9 % höher aus als bei den männlichen Kollegen. Ihr Bruttowochenverdienst betrug im Jahresdurchschnitt allerdings nur 340 DM und liegt damit um 175 DM unterhalb des Bruttowochenverdienstes der Männer.

Nun darf aus dieser Verdienstdifferenz der Durchschnitte nicht voreilig geschlossen werden, daß weibliche Arbeiter in diesem Maße für die gleiche Arbeit im Einzelfall schlechter bezahlt werden als ihre männlichen Kollegen. Auf die individuellen Lohneinkommen wirken eine Reihe von Faktoren ein — etwa die Qualifikation, die Länge der Arbeitszeit, Verdienstniveau des Wirtschaftszweiges, Dauer der Betriebszugehörigkeit, Alter u. a. m. — die sich auf Männer und Frauen ungleich verteilen. Gliedert man die Industriearbeiterschaft etwa nach der Qualifikation, so zeigt sich, daß die männlichen Arbeiter überwiegend als qualifizierte oder hochqualifizierte Facharbeiter, Vorarbeiter oder Meister im Stundenlohn (Leistungsgruppe 1) beschäftigt sind. Ihr Anteil an der männlichen Industriearbeiterschaft betrug 1977 etwa zwei Drittel. Die Arbeiterinnen

Internationaler Vergleich:

Weiter in der Spitzengruppe

Mit einer jahresdurchschnittlichen Preisanstiegsrate von 3,9 % im Jahre 1977 bleibt die Bundesrepublik nach der Schweiz im Vergleich mit anderen europäischen Staaten sowie den USA und Japan einer der preisstabilsten Staaten. Sie ist damit 1977 dem eingangs angesprochenen wirtschaftspolitischen Ziel — Stabilität des Preisniveaus — wieder etwas näher gerückt.

dagegen sind überwiegend mit einfachen Arbeiten befaßt, die keine fachliche Ausbildung erfordern (Leistungsgruppe 3). Ihr Anteil an der weiblichen Arbeiterschaft betrug 1977 knapp 60 %.

Bei einer gewogenen Durchschnittsberechnung schlagen diese, in der Qualifikationsstruktur der männlichen und weiblichen Industriearbeiterschaft begründeten Unterschiede merklich durch. So übersteigt in der Leistungsgruppe 1 der jahresdurchschnittliche Bruttowochenverdienst der männlichen Arbeiter mit 539 DM den entsprechenden Wert aller männlichen Arbeiter um 4,7 %, während die entsprechende Rechnung bei den Arbeiterinnen (388 DM) die beträchtliche Abweichung von 14,1 % ergibt. Noch gravierender werden diese Abweichungen bei der Leistungsgruppe 3 (ungernehte Arbeiter). Während der Bruttowochenverdienst der ungelerten Arbeiterin von 327 DM nur um 3,8 % unter dem Durchschnitt aller Geschlechtskollegen liegt, beträgt diese Differenz bei den ungelerten männlichen Arbeitern mit einem Bruttowochenverdienst von 434 DM mehr als das Vierfache, nämlich 15,7 %.

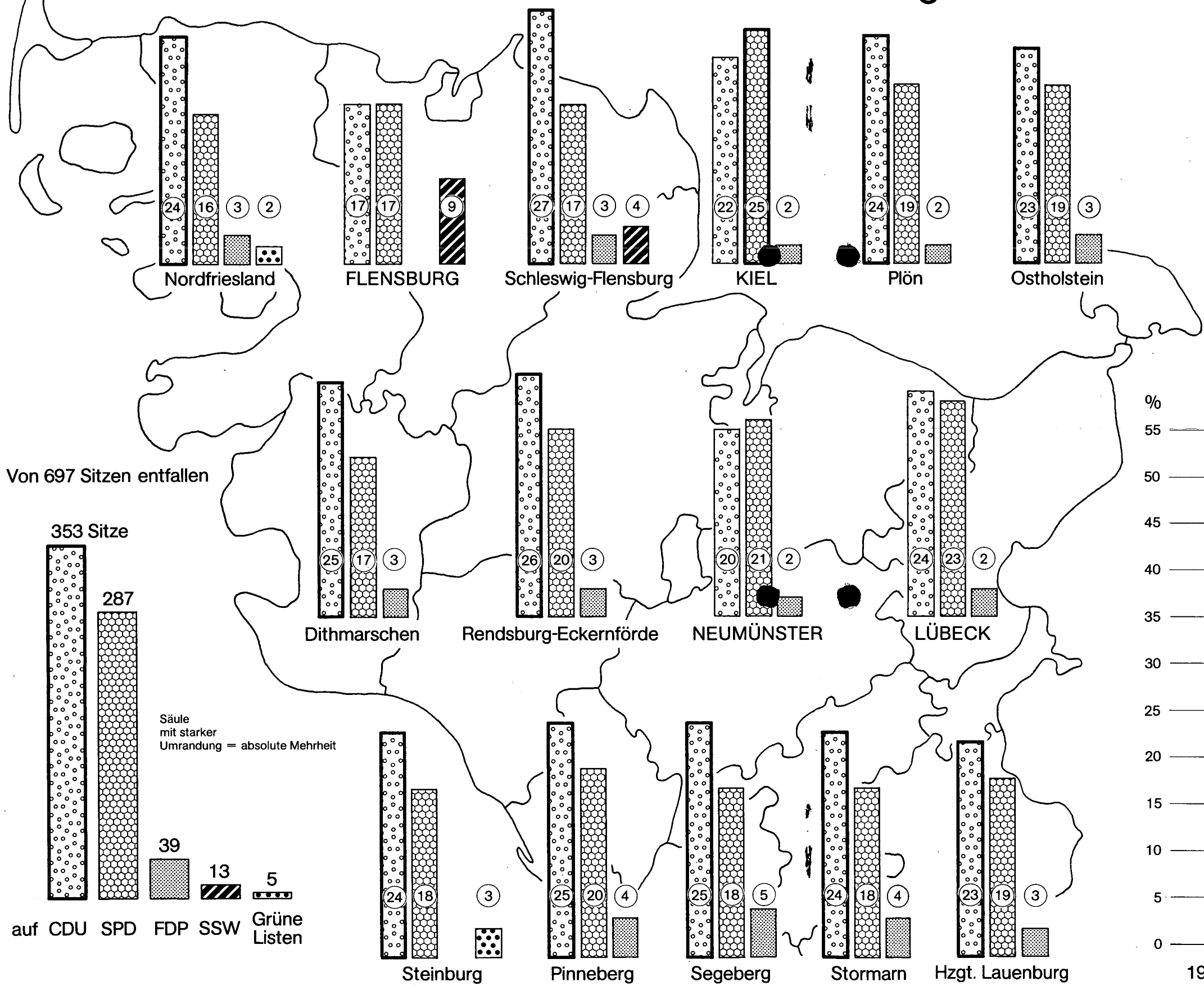
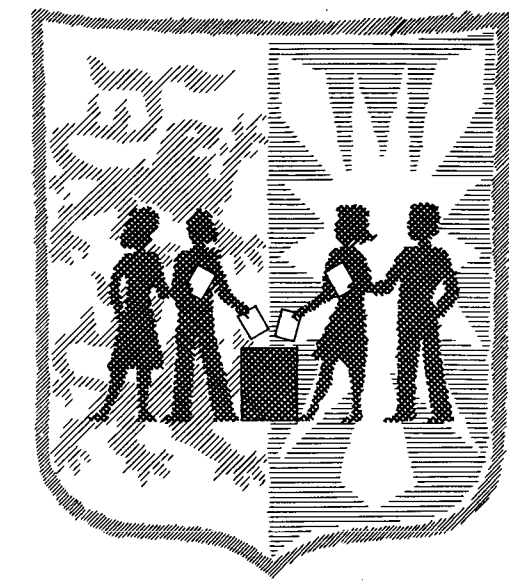
Im Oktober — nach Anwendung der meisten 1977 neu abgeschlossenen Tarifverträge — erhielten die männlichen Arbeiter in den Beschäftigungsschwerpunkten Investitionsgüterindustrien (28,9 % aller Industriearbeiter), Baugewerbe (24,1 %) und Verbrauchsgüterindustrien (9,6 %) Bruttowochenverdienste von 513 DM, 529 DM und 550 DM. Den höchsten Bruttowochenverdienst unter den Wirtschaftshauptbereichen erzielten die männlichen Arbeiter im Bereich „Energiewirtschaft und Wasserversorgung“

1) Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau (dort auch Handwerk)

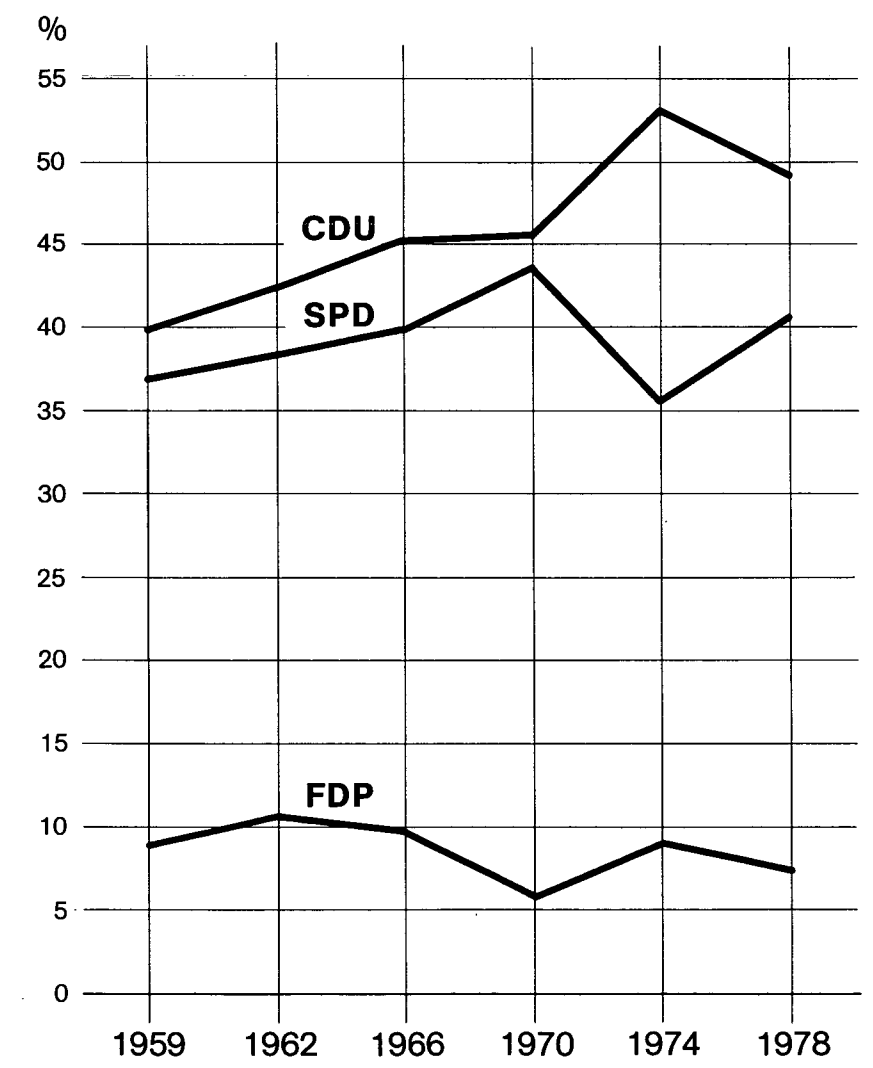
KREISWAHL* IN SCHLESWIG-HOLSTEIN AM 5. MÄRZ 1978

*) und Gemeindewahl in den kreisfreien Städten

- Sitzverteilung -



Entwicklung der Stimmenanteile seit 1959



mit 581 DM. In diesem Bereich waren allerdings nur 4,4 % aller Industriearbeiter Schleswig-Holsteins beschäftigt. Der Anteil der Industriearbeiterinnen betrug im Oktober 1977 etwa 16 % der gesamten Industriearbeiterschaft. Arbeiterinnen waren schwerpunktmäßig in den Investitionsgüterindustrien (6,1 %), Verbrauchsgüterindustrien (4,8 %) und in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien (3,7 %) beschäftigt und erzielten hier einen Bruttowochenverdienst von 351 DM, 346 DM und 320 DM.

Nun sind diese Aussagen zur Entwicklung und Höhe der Bruttowochenverdienste unvollständig, wenn sie nicht um die zwei Bestimmungsgründe des Wochenverdienstes — die Arbeitszeit und den Stundenlohn — ergänzt würden. Ihr Produkt bestimmt die Höhe des Bruttowochenverdienstes.

Die Ergebnisse der Tarifrunden des Jahres 1977 werden weitgehend in der Höhe des Oktoberverdienstes sichtbar. In diesem Monat wurde der Industriearbeiterschaft Schleswig-Holsteins um 7,0 % mehr je Stunde gezahlt als im Oktober 1976. Arbeitern wurden um 6,8 % und Arbeiterinnen um 7,2 % höhere Stundenlöhne effektiv gezahlt. Die höchste Steigerung der Stundenlöhne in den Wirtschaftshauptbereichen wurde in den Investitionsgüterindustrien mit 7,7 % in Jahresfrist erreicht. In diesem Beschäftigungsschwerpunkt erzielten Arbeiter 7,5 % und Arbeiterinnen 7,8 % höhere Stundenverdienste.

In absoluten Zahlen bedeutet dies, daß männliche Arbeiter hier einen Stundenlohn von 11,74 DM und Arbeiterinnen einen von 8,69 DM erhielten. Das sind 0,81 DM und 0,62 DM mehr als im Oktober 1976. Die höchsten Stundenlöhne wurden Arbeitern in den Bereichen Energiewirtschaft und Wasserversorgung mit 13,94 DM, im Baugewerbe mit 12,65 DM und in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien mit 11,81 DM gezahlt. Die geringsten Stundenlöhne dagegen erhielten die Arbeiter in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien mit 10,05 DM. Hier wurden die jeweils etwa gleich stark besetzten Beschäftigungsgruppen männliche Arbeiter, Leistungsgruppe 1, mit einem Stundensatz von 12,01 DM und die ungelernten Arbeiterinnen mit einem Stundensatz von nur 7,68 DM entlohnt. Letztere bilden damit auch das Schlußlicht der Lohnskala.

Die bezahlte Wochenarbeitszeit hat sich im Verlauf des Jahres 1977 gegenüber den jeweiligen Vorjahresperioden 1976 kaum signifikant verändert. Die Tendenz steigender bezahlter Wochenstunden, die sich im Juli und Oktober 1976 andeutete, ist mit einem ausge-

Durchschnittliche Bruttoverdienste und Arbeitszeiten der Arbeiter in Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau 1977

	Januar	April	Juli	Okt.	Veränderung Okt.1977 gegen Okt.1976 in %
	in DM oder Stunden				
Bruttowochenverdienste					
Männer					
Leistungsgruppe 1	509	528	546	554	6,2
alle	485	504	522	529	6,1
Frauen					
Leistungsgruppe 3	311	315	333	335	7,0
alle	325	329	345	346	7,1
Zusammen	455	475	493	500	6,4
Bruttostundenverdienste					
Männer					
Leistungsgruppe 1	11,95	12,40	12,72	12,81	6,6
alle	11,43	11,85	12,14	12,24	6,8
Frauen					
Leistungsgruppe 3	7,82	8,03	8,22	8,23	7,2
alle	8,11	8,30	8,51	8,51	7,2
Zusammen	10,82	11,29	11,58	11,67	7,0
Bezahlte Wochenstunden					
Männer					
Leistungsgruppe 1	42,6	42,5	42,9	43,2	- 0,4
alle	42,5	42,5	43,0	43,2	- 0,7
Frauen					
Leistungsgruppe 3	39,8	39,2	40,5	40,7	- 0,2
alle	40,1	39,7	40,6	40,6	- 0,1
Zusammen	42,0	42,1	42,6	42,8	- 0,6
darunter Mehrarbeitsstunden					
Männer	2,6	2,7	3,0	3,3	- 5,7
Frauen	0,8	0,8	0,9	1,0	9,1
Zusammen	2,2	2,3	2,7	2,9	- 6,5

prägten saisonalen Rückgang der bezahlten Wochenarbeitszeit von 43,1 Stunden im Oktober 1976 auf 42,0 Stunden im Januar 1977 ausgeklungen. Im Oktober 1977 ist im Vergleich zum Vorjahresmonat eher eine leichte Tendenz zur Senkung der bezahlten Wochenarbeitszeit erkennbar, und zwar am ehesten in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien und den Verbrauchsgüterindustrien. Jahresdurchschnittliche Wochenarbeitszeiten von 44,0 Stunden in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien und 41,4 Stunden im Hoch- und Tiefbau grenzen die Verteilung der Wochenarbeitszeit in den Wirtschaftsbereichen um den Mittelwert für die gesamte Industrie von 42,4 Stunden nach beiden Seiten ab.

Durchschnittliche Bruttomonatsgehälter der Angestellten in Industrie und Handel 1977

	Januar	April	Juli	Oktober	Veränderung Oktober 1977 gegenüber Oktober 1976 in %
	Bruttomonatsgehalt in DM				
Angestellte insgesamt	2 170	2 243	2 308	2 311	7,3
männlich	2 529	2 616	2 693	2 697	6,7
weiblich	1 619	1 665	1 711	1 709	7,7
Kaufmännische Angestellte	2 001	2 058	2 116	2 121	7,3
darunter im Einzelhandel	1 631	1 639	1 697	1 709	7,6
darunter weibliche	1 350	1 361	1 423	1 430	7,8
darunter Leistungsgruppe IV	1 193	1 198	1 254	1 262	6,1
Technische Angestellte	2 678	2 791	2 876	2 871	6,9
darunter in Investitionsgüterindustrien	2 591	2 760	2 794	2 792	7,8
darunter männliche	2 671	2 844	2 880	2 879	7,8
darunter Leistungsgruppe III	2 521	2 684	2 722	2 720	7,5

Angestellte

Im Gesamtdurchschnitt der Angestelltenschaft² Schleswig-Holsteins wurden 1977 im Mittel 2 275 DM pro Monat brutto verdient, das sind 7,5 % mehr als im Vorjahr. 1976 hatte die gleiche Anstiegsrate noch 7,0 % betragen. Für männliche Kräfte wurden durchschnittlich 2 653 DM Bruttomonatsgehalt ausgewiesen. Von ihnen verdienten die technischen Angestellten 2 905 DM, die kaufmännischen 2 495 DM im Jahresdurchschnitt. Weibliche Kräfte erhielten ein um 1 000 DM geringeres Gehalt, sie verdienten durchschnittlich 1 686 DM brutto pro Monat, davon im technischen Sektor 1 809 DM und im kaufmännischen Bereich 1 681 DM. Auf dieser globalen Betrachtungsebene hat sich damit ein weitgehend ähnlicher Verdienstanstieg wie jener bei den Arbeitern durchgesetzt. Die Bruttogehälter der männlichen Angestellten zogen um 6,8 % (Bruttowochenverdienste der männlichen Arbeiter ebenfalls + 6,8 %), die der weiblichen Angestellten um 8,1 % (Bruttowochenverdienste der Arbeiterinnen + 7,9 %) an. Anders als bei den Arbeitern und umgekehrt als 1976 haben damit die Steigerungsraten der jahresdurchschnittlichen Bruttogehälter wieder zugenommen. Dies ist umso bemerkenswerter, als im gleichen Zeitraum der jährliche Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haus-

halte von 4,5 % im Jahre 1976 auf 3,9 % 1977 zurückging.

Über die Hälfte aller technischen Angestellten sind in den Investitionsgüterindustrien und über zwei Drittel aller kaufmännischen Angestellten im Bereich Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe beschäftigt, knapp 30 % von ihnen im Einzelhandel. Differenziert man diese zwei Schwerpunktbereiche weiter nach dem Geschlecht und der Qualifikation der Angestellten, so sind weitere Beschäftigungsschwerpunkte erkennbar.

Die technischen Angestellten in den Investitionsgüterindustrien sind zu 92 % männlichen Geschlechts, sie wiederum sind tarifmäßig zu knapp zwei Dritteln der Leistungsgruppe III zugeordnet, das heißt es sind Angestellte mit mehrjähriger Berufserfahrung über die abgeschlossene Ausbildung hinaus oder mit besonderen Fachkenntnissen und Fähigkeiten, die nach allgemeiner Anweisung selbständig arbeiten, jedoch keine Verantwortung für die Tätigkeit anderer tragen. Die kaufmännischen Angestellten im Einzelhandel sind zu über zwei Dritteln weiblichen Geschlechts, sie wiederum zu gut zwei Dritteln Angestellte ohne eigene Entscheidungsbefugnis in einfacher Tätigkeit, deren Ausübung eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt (Leistungsgruppe IV). Für diese Schwerpunktgruppen der Angestelltenschaft Schleswig-Holsteins sind die Bruttomonatsgehälter in der Tabelle dargestellt.

2) in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau (dort auch Handwerk), im Handel, in den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe

Steuern

Gemeindesteuern

Die Gemeindesteuern haben sich 1977 recht günstig entwickelt. In der Zeit vom 1. 1. bis 31. 12. 1977 sind von den schleswig-holsteinischen Gemeinden und Gemeindeverbänden Steuern in Höhe von 1,7 Mrd. DM brutto eingenommen worden. Das sind 206 Mill. DM oder 13,4 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die schon günstige Entwicklung des Vorjahres hat sich verstärkt fortgesetzt.

Das ist vor allem auf die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zurückzuführen. Sie erhöhten sich um 115 Mill. DM oder 18,8 % auf 727 Mill. DM. Der kräftige Anstieg hängt mit dem Berechnungsverfahren der Abschlagszahlung im 4. Quartal zusammen. Die Gemeinden erhalten nicht wie bisher den gleichen Betrag wie im 3. Quartal, sondern 120 % dieses Betrages. Das führte zu Mehreinnahmen von 35 Mill. DM, von denen sie jedoch aufgrund der Endabrechnung im Januar 1978 wieder 4 Mill. DM zurückzahlen müssen, weil die Lohn- und Einkommensteuer sich nicht so entwickelte, wie geschätzt worden war. Das Aufkommen der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital nahm um 85 Mill. DM oder 14,8 % zu und erbrachte 655 Mill. DM.

Das Aufkommen der Grundsteuern und der Lohnsummensteuer stieg dagegen nur geringfügig. Bemerkenswert ist vor allem der Rückgang der Zuwachsrate bei der Grundsteuer B. Ihr Aufkommen hatte sich 1976 im Vergleich zu 1975 um 36,6 % erhöht. Das war eine

Folge der Grundsteuerreform und der neuen Einheitswerte gewesen. Da die neuen Veranlagungen abgeschlossen sind, ist das Aufkommen 1977 im Vergleich zum Vorjahr nur noch um 3,2 % angestiegen.

Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage verblieben in den Gemeindekassen Nettosteureinnahmen in Höhe von 1,5 Mrd. DM, das sind 148 Mill. DM oder 11,2 % mehr als 1976.

Staatliche Steuern

Trotz weiterhin fast stagnierender Konjunktur sind die Steuereinnahmen des Landes 1977 im Vergleich zu 1976 um 14,1 % gestiegen. Damit ist die Zuwachsrate des Jahres 1976 (8,9 %) um 5,2 Punkte übertroffen worden und die Talsohle des Jahres 1975, als die Steuereinnahmen um 0,9 % zurückgingen, deutlich verlassen worden. Insgesamt flossen in die Kassen des Landes 3,8 Mrd. DM, das sind 472 Mill. DM mehr als 1976. Auch das im Haushaltsplan für 1977 angesetzte Soll ist übertroffen worden, und zwar um über 50 Mill. DM. Zu der günstigen Entwicklung trugen vor allem die gemeinschaftlichen Steuern bei. Die Einnahme aus dem Landesanteil an den gemeinschaftlichen Steuern, die sich auf insgesamt 3,35 Mrd. DM oder 88 % der Steuereinnahmen des Landes beläuft, erhöhte sich um 15,0 %

Steuerart	Gemeindesteuern		
	1976	1977	Veränderung
	Mill. DM		in %
Grundsteuer A	27,5	27,9	+ 1,3
Grundsteuer B	166,4	171,8	+ 3,2
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	570,0	654,6	+ 14,8
Lohnsummensteuer	76,9	79,9	+ 4,0
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	611,4	726,6	+ 18,8
Sonstige Steuern	84,8	81,8	- 3,5
Steuereinnahmen brutto	1 536,9	1 742,5	+ 13,4
Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	218,6	276,6	+ 26,5
Steuereinnahmen netto	1 318,3	1 465,9	+ 11,2

	Staatliche Steuern		
	1976	1977	Veränderung
	Mill. DM		in %
Aufkommen (vor der Steuerverteilung)			
Ausgewählte Steuer:			
Lohnsteuer	2 561	2 822	+ 10,2
Veranlagte Einkommensteuer	1 213	1 403	+ 15,6
Körperschaftsteuer	259	339	+ 30,8
Umsatzsteuern	1 357	1 487	+ 9,6
Verbrauchssteuern	430	481	+ 11,7
Einnahmen (nach der Steuerverteilung)			
Bund	3 307	3 695	+ 11,7
Land	3 343	3 816	+ 14,1

oder 438 Mill. DM. Die Landessteuern stiegen um 34 Mill. DM oder 7,9 % auf 465 Mill. DM. Unter den Landessteuern hat die Kraftfahrzeugsteuer das größte Aufkommen. Sie stellt 246 Mill. DM und damit über die Hälfte der Landessteuern, erhöhte sich aber nur um 2,4 %. Auf einen Einwohner umgerechnet stiegen die Steuereinnahmen des Landes von 1 294 DM auf 1 475 DM.

Der Bund hat in Schleswig-Holstein im Laufe des Jahres 1977 Steuern in Höhe von 3,7 Mrd. DM eingenommen, also wie 1976 weniger als das Land. Auch die Zuwachsrate und die Mehreinnahmen waren mit 11,7 % und 338 Mill. DM niedriger als die des Landes. Die Einnahme aus dem Bundesanteil an den gemeinschaftlichen Steuern, die 3,2 Mrd. DM oder 86 % der Steuereinnahmen des Bundes ausmacht, erhöhte sich um

12,5 % oder 352 Mill. DM. Die Bundessteuern stiegen um 35 Mill. DM oder 7,3 % auf 523 Mill. DM.

Das Aufkommen der gewichtigsten Steuer, die Lohnsteuer, erhöhte sich 1977 um 261 Mill. DM oder 10,2 % auf 2,8 Mrd. DM und damit nicht ganz so kräftig wie 1976 (13,0 %). Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer stieg um 15,6 %. Es ist aber mit 1,4 Mrd. DM nur halb so groß wie das der Lohnsteuer. Die Steuern vom Umsatz erbrachten 1,5 Mrd. DM. Sie nahmen um 130 Mill. DM oder 9,6 % zu. Hier hat die niedrige Zuwachsrate der Einfuhrumsatzsteuer (1,5 %) die höhere Zuwachsrate der inländischen Umsatzsteuer (13,3 %) gedrückt. Das Aufkommen der Körperschaftsteuer ist trotz einer Zunahme von 30,8 % in Schleswig-Holstein weiterhin relativ klein. Es beläuft sich auf 339 Mill. DM.

Beteiligte Autoren:
Jan Bichel, Walter Dahms, Karlheinz König, Gerd Scheel

Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe 1975

Die seit 1971 im Rahmen der Jahres- und Investitionserhebung des Produzierenden Gewerbes durchgeführte Investitionserhebung für Umweltschutz wurde mit dem Gesetz über die Umweltstatistiken vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1938), auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt und in ihrem Befragungsumfang erweitert. Sie wird seit dem Kalenderjahr 1975 als eigenständige Erhebung durchgeführt. Meldepflichtig sind regelmäßig diejenigen Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, die zu den kurzfristigen Konjunkturstatistiken meldepflichtig sind und außerdem Bilanz-, Investitions- und Umsatzwerte melden. Diesen Daten können also die Ergebnisse der Investitionserhebung für Umweltschutz, die nunmehr für das Geschäftsjahr 1975 vorliegen, gegenübergestellt werden.

Die in die Erhebung einbezogenen 1 977 Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit Hauptsitz in Schleswig-Holstein investierten 1975 für insgesamt 1 217 Mill. DM. Davon entfielen 20 Mill. DM oder 1,7 % auf

Investitionen zum Schutze der Umwelt. Dieser Anteil ist in den Wirtschaftsabteilungen verschieden hoch:

	Investitionen		
	insgesamt	für Umweltschutz	
	Mill. DM	Mill. DM	%
Energie- und Wasserversorgung	375	3,5	0,9
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	739	15,1	2,0
Baugewerbe	103	1,8	1,8

Die folgende Tabelle gliedert die Investitionen in der Vorspalte nach unterschiedlichen Kriterien:

- Die bebauten und unbebauten Grundstücke sowie die Maschinen und maschinellen Anlagen beziehen sich auf ganze Sachanlagen, die unmittelbar dazu dienen, produktionsbedingte Umweltbelastung zu vermeiden.
- Die vorwiegend der Produktion allgemein dienenden Sachanlagen können aber auch unlösbare Bestandteile zur Vermeidung von Umweltschäden haben. Diese „dem Umweltschutz dienenden Teile von Sachanlagen“ sind in einer gesonderten Zeile ausgewiesen.
- Die letzte Zeile schließlich enthält solche Sachanlagen, die gesetzlichen oder behördlichen Vorschriften oder Auflagen (zum Beispiel Benzin — Blei — Gesetz) entsprechen und die Beschaffenheit des zu erzeugenden Produkts so verändern, daß es bei Verwendung oder Verbrauch eine geringere Umweltbelastung hervorruft. Diese „produktbezogenen Investitionen“ dienen somit nur mittelbar dem Umweltschutz. Sie sind ebenfalls Teil der Gesamtinvestitionen und können Grundstücke, Gebäude, Maschinen o. ä. sein.

Der mit 47,5 % größte Anteil des Wertes der Umweltschutzinvestitionen diente der Luftreinhaltung, weitere 25,9 % dienten dem Gewässerschutz. Für Zwecke der Abfallbeseitigung investierten die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes 3,2 Mill. DM (15,9 %), für die Lärmbekämpfung 2,2 Mill. DM (10,7 %). Die Wirtschaftsabteilungen Baugewerbe, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe sowie Energie- und Wasserversorgung wichen von diesen Durchschnittsquoten — bedingt durch die unterschiedliche Produktion — zum Teil erheblich ab.

Die Investitionsobjekte waren vorwiegend (57,5 %) Maschinen und maschinelle Anlagen, zu 22,4 % bebaute Grundstücke, Gebäude und andere Bauten sowie Grundstücks- und Gebäudeeinrichtungen und zu 1,2 % unbebaute Grundstücke (einschließlich Grundstückserschließungskosten). Als Beispiel solcher Investitionen, die ausschließlich dem Umweltschutz dienen,

Investitionen für Umweltschutz von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes 1975 nach Investitionsarten

Wirtschaftsabteilung Investitionsart	Zusammen 1000 DM	Für den Bereich							
		Abfallbeseitigung		Gewässerschutz		Lärmbekämpfung		Luftreinhaltung	
		1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%
Energie- und Wasserversorgung	3 490	920	26,4	1 092	31,3	101	2,9	1 377	39,5
bebaute Grundstücke	778	120	15,4	613	78,8	45	5,8	—	—
unbebaute Grundstücke	56	—	—	—	—	56	100	—	—
Maschinen und maschinelle Anlagen	1 279	800	62,5	479	37,5	—	—	—	—
dem Umweltschutz dienende Teile von Sachanlagen	1 377	—	—	—	—	—	—	1 377	100
produktbezogene Investitionen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	15 121	1 531	10,1	4 065	26,9	1 629	10,8	7 896	52,2
bebaute Grundstücke	3 639	139	3,8	1 767	48,6	230	6,3	1 503	41,3
unbebaute Grundstücke	174	—	—	174	100	—	—	—	—
Maschinen und maschinelle Anlagen	8 964	1 154	12,9	1 862	20,8	832	9,3	5 116	57,1
dem Umweltschutz dienende Teile von Sachanlagen	2 181	235	10,8	185	8,5	506	23,2	1 255	57,5
produktbezogene Investitionen	163	3	1,8	77	47,2	61	37,4	22	13,5
Baugewerbe	1 815	787	43,4	141	7,8	455	25,1	432	23,8
bebaute Grundstücke	160	70	43,8	53	33,1	25	15,6	12	7,5
unbebaute Grundstücke	5	—	—	5	100	—	—	—	—
Maschinen und maschinelle Anlagen	1 492	716	48,0	62	4,2	319	21,4	395	26,5
dem Umweltschutz dienende Teile von Sachanlagen	114	1	0,9	21	18,4	67	58,8	25	21,9
produktbezogene Investitionen	44	—	—	—	—	44	—	—	—
Produzierendes Gewerbe	20 426	3 238	15,9	5 298	25,9	2 185	10,7	9 705	47,5
bebaute Grundstücke	4 577	329	7,2	2 433	53,2	300	6,6	1 515	33,1
unbebaute Grundstücke	235	—	—	179	76,2	56	23,8	—	—
Maschinen und maschinelle Anlagen	11 735	2 670	22,8	2 403	20,5	1 151	9,8	5 511	47,0
dem Umweltschutz dienende Teile von Sachanlagen	3 672	236	6,4	206	5,6	573	15,6	2 657	72,4
produktbezogene Investitionen	207	3	1,4	77	37,2	105	50,7	22	10,6

seien Kläranlagen, Mülldeponien, Schallschutzeinrichtungen oder Kanalisationsanlagen genannt.

Der „dem Umweltschutz dienende Teil von Sachanlagen“ (18,0 % der Umweltschutzinvestitionen) ist zwar schwer abzugrenzen und zu bewerten, darf aber bei einer Darstellung der Umweltschutzinvestitionen nicht fehlen, wenn daraus Aussagen über die Aufwendungen der Unternehmen zur Reduzierung ihrer produktionsbedingten Umweltbelastung gewonnen werden sollen. Dasselbe gilt für die „produktbezogenen Investitionen“, die 1 % der Umweltschutzinvestitionen ausmachen.

Die Höhe der Aufwendungen für Umweltschutzinvestitionen ist, wenn man sie je Beschäftigten oder als Anteil an den Gesamtinvestitionen relativiert, offenbar kaum von der Unternehmensgröße abhängig.

Die Anteile der Umweltschutz- an den Gesamtinvestitionen wurden eingangs für die Wirtschaftsabteilungen genannt. Deutlich über diesen Werten liegen das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (3,7 %) und das

Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (3,1 %). Das Ifo-Institut¹ hat eine entsprechende Quote von 5,2 % für die verarbeitende Industrie der Bundesrepublik und den Zeitraum 1971 bis 1975 ermittelt. Auch andere Länder weisen für 1975 wesentlich höhere Anteile als Schleswig-Holstein aus (zum Beispiel Nordrhein-Westfalen 5,2 %, Rheinland-Pfalz 9,4 %). Die Differenzen dürften im wesentlichen auf die unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen der Länder zurückzuführen sein:

In Rheinland-Pfalz erzielte die Chemische Industrie 1975 knapp ein Drittel der Erlöse des gesamten Produzierenden Gewerbes (in Schleswig-Holstein nur 3,6 %) und wendete davon jede hundertste DM oder 16,3 % der Gesamtinvestitionen für Umweltschutzinvestitionen auf. Um allerdings gesicherte Rückschlüsse auf eine geringere Belastung schleswig-holsteinischer Unternehmen durch Erfüllung von Umweltschutzaufgaben zu ziehen, bedarf es wegen des nur einjährigen Untersuchungszeitraums und der relativ geringen Ausgangsmasse noch der Bestätigung durch die Vergleichszahlen der folgenden Jahre.

Zur Beurteilung der umweltinduzierten Belastung der Unternehmen müßten außer den investiven noch die laufenden betrieblichen Aufwendungen herangezogen werden. Eine breit angelegte amtliche Erhebung dieser Kosten würde an den unvollständigen Kostenrechnungen der meldepflichtigen Betriebe und Unternehmen scheitern. Die jährliche Investitions-erhebung beschränkt sich deshalb auf eine nach Umweltschutzbereichen gegliederte Angabe der Gebühren und Beiträge für Umweltschutz wie zum Beispiel Müllabfuhrgebühren, Anfuhrgebühren bei Beseitigungsanlagen oder Kanalbenutzungsgebühren. In der Erhebung 1975 waren diese Angaben der Unternehmen auf die Leistungen der öffentlichen Hand beschränkt.

Mit 20,7 Mill. DM war die Summe dieser Gebühren und Beiträge sogar etwas höher als der Wert der Umweltschutzinvestitionen. Je Beschäftigten ergibt sich ein Mittelwert von 96 DM. Auch bei diesen Aufwendungen haben das Grundstoff- und Investitionsgütergewerbe mit 236 DM und die Nahrungs- und Genußmittelherstellung mit 292 DM je Beschäftigten die höchsten Werte.

91 % (nicht ganz 19 Mill. DM) der Gebühren und Beiträge, aber nur 74 % der Umweltschutzinvestitionen

**Investitionen für Umweltschutz
von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes 1975
nach Beschäftigten- und Umsatzgrößenklasse**

Beschäftigtengrößenklasse	in 1000 DM	in DM je Beschäftigten	Anteil an den Gesamt- investi- tionen in %
Umsatzgrößenklasse in Mill. DM			
20 ^a bis 49 Beschäftigte	3 053	92	2,0
50 „ 99 „	3 405	110	2,7
100 „ 199 „	3 191	105	2,3
200 „ 299 „	1 100	49	1,3
300 „ 399 „	1 151	142	3,0
400 „ 499 „	454	47	1,0
500 „ 999 „	3 360	167	2,5
1 000 und mehr	4 712	78	0,9
unter 1	115	31	0,7
1 — 2	332	26	1,1
2 — 5	2 292	74	2,2
5 — 10	1 323	52	1,5
10 — 25	3 352	91	2,1
25 — 50	2 955	123	2,4
50 — 100	4 071	171	2,7
100 und mehr	5 986	102	1,1
Insgesamt	20 426	95	1,7

a) einschließlich der Energiebetriebe unter 20 Beschäftigte

1) Ifo — Schnelldienst vom 15. März 1977

Gebühren und Beiträge des Produzierenden Gewerbes für umweltschützende Leistungen der öffentlichen Hand 1975

Wirtschaftsabteilung	Unternehmen		Gebühren und Beiträge in 1 000 DM				
	insgesamt	darunter mit Gebühren und Beiträgen	insgesamt	für den Bereich			
				Abfall- beseitigung	Gewässer- schutz	Lärm- bekämpfung	Luft- reinhaltung
Energie- und Wasserversorgung	101	52	644	540	104	-	0
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1 101	979	18 906	7 621	11 233	6	45
Baugewerbe	775	610	1 170	818	349	2	1
Produzierendes Gewerbe	1 977	1 641	20 720	8 979	11 686	8	46

entfielen auf das Verarbeitende Gewerbe, wobei im Gegensatz zum Baugewerbe und zur Energie- und Wasserversorgung die Gebühren und Beiträge für den Gewässerschutz den Hauptanteil hatten. Für den Bereich des Produzierenden Gewerbes dienten die umweltschutzinduzierten Gebühren und Beiträge zu 43 % der Abfallbeseitigung und zu 56 % dem Gewässerschutz. Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung sind in diesem Zusammenhang unbedeutend.

Nimmt man die Gebühren und Beiträge und die investiven Aufwendungen zusammen, so ergibt sich für 1975 bei den Unternehmen eine Belastung für den Umweltschutz von 191 DM je Beschäftigten oder von 1,81 DM je 1 000 DM Umsatz.

Bernd Struck

Weitere Angaben siehe Stat. Bericht Q III 1

Landwirtschaftliche Betriebe und Arbeitskräfte 1970 bis 1977

Wie in den Vorjahren wurden auch 1977 aus den Unterlagen der Bodennutzungserhebung die Betriebe nach der Größe ihrer landwirtschaftlich genutzten Fläche ausgezählt. Obwohl die Bodennutzungsvorerhebung 1977 wie 1965 und 1970 von Grund auf durchgeführt wurde (in den Zwischenjahren wurden die Betriebs- und Gemeindeergebnisse fortgeschrieben), fügt sich das neueste Ergebnis über die Betriebsgrößenstruktur, anders als 1970, ohne Bruch in die Reihe der Ergebnisse ein. 1977 setzte sich die Entwicklung der letzten Jahre unverändert fort, wenngleich die außergewöhnlich hohen Veränderungsdaten der Jahre 1971 und 1972 nicht wieder erreicht wurden. Insgesamt wurden 1977 in Schleswig-Holstein 37 900 Betriebe ab 0,5 ha LF festgestellt, darunter knapp 31 700 Betriebe mit 2 und mehr ha LF. Da sich frühere Arbeitskräfteerhebungen im wesentlichen nur auf Betriebe ab 2 ha LF erstreckten, ist es üblich geworden, Beobachtungen über Strukturentwicklungen in der Landwirtschaft auf diesen Betriebskreis zu beschränken. Das soll auch in diesem Aufsatz geschehen. In Zukunft wird die bundeseinheit-

Landwirtschaftliche Betriebe ab 2 ha LF in Schleswig-Holstein

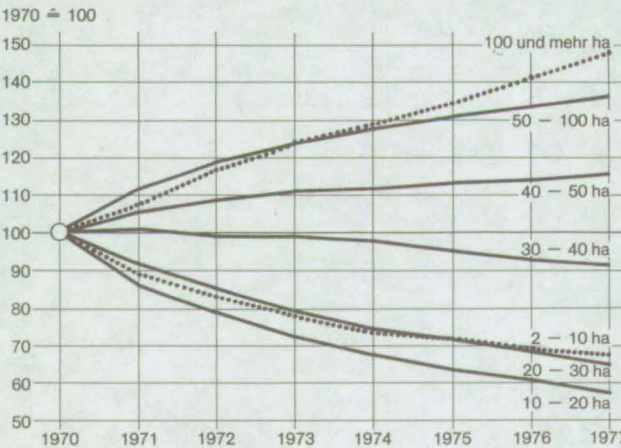
Größenklasse in ha LF	Anzahl der Betriebe 1977	Veränderung in %	
		im Jahres- durchschnitt seit 1970	gegenüber 1976
2 — 5	3 382	- 5,8	- 1,8
5 — 10	2 650	- 5,5	- 4,4
10 — 15	2 122	- 6,9	- 2,5
15 — 20	2 472	- 8,1	- 6,3
20 — 25	2 893	- 7,0	- 4,7
25 — 30	2 972	- 5,2	- 6,0
30 — 40	5 420	- 1,5	- 1,5
40 — 50	3 773	+ 1,8	+ 1,1
50 — 75	3 927	+ 4,2	+ 2,2
75 — 100	1 063	+ 5,6	+ 2,5
100 und mehr	1 002	+ 5,7	+ 4,9
Zusammen	31 676	- 3,1	- 1,9

liche Untergrenze der Agrarberichterstattung (1 ha LF oder entsprechende Marktproduktion) häufiger Verwendung finden.

Die Gesamtzahl der Betriebe ab 2 ha LF hat damit – wie im Vorjahr – um 2 % abgenommen. Seit 1970 waren es insgesamt 20 % oder durchschnittlich 3 % pro Jahr.

Weniger Betriebe gab es in den Größenklassen bis unter 40 ha LF; dabei waren die Abnahmeraten in den Klassen unter 25 ha LF nicht mehr so hoch, in der Klasse 25 – 30 ha LF jedoch höher als in den Vorjahren. In den unteren Größenklassen dürfte teilweise ein annähernd gleichbleibender Bestand von Betrieben erreicht werden, der sich aus Spezialbetrieben des Gartenbaus, der Forstwirtschaft und der Viehwirtschaft mit nur kleinen landwirtschaftlich genutzten Flächen zusammensetzt. Dazu gehören auch „Übergangsbetriebe“, Betriebe, die vorübergehend durch Abgabe eines Teils der bewirtschafteten Flächen (Rückgabe von Pachtflächen, Verpachtungen, Verkauf oder auch im Rahmen einer Hofübergabe an den Hoferben) entstehen.

D – 4942
Entwicklung der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in den einzelnen Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche



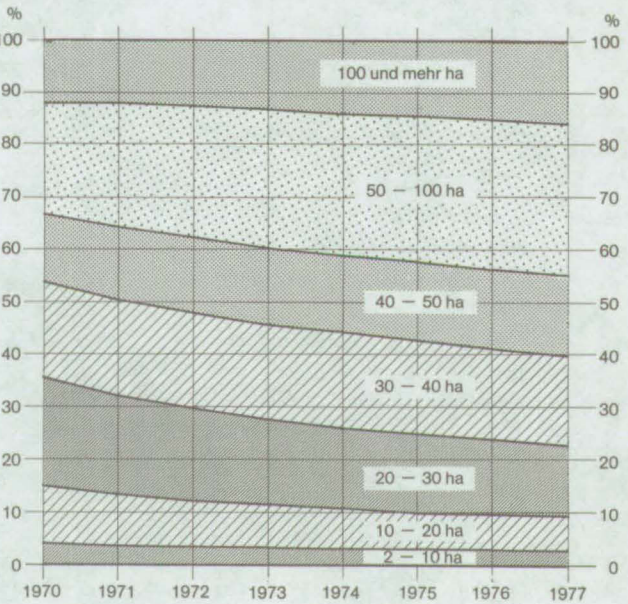
Auch das Bild zeigt, daß sich insbesondere in den unteren Größenklassen die rückläufige Entwicklung abschwächt. Die sehr starken Abnahmen, die sich hier von 1970 bis 1971 ergaben, rühren allerdings auch daher, daß eine intensivere Befragung und Prüfung anläßlich der Landwirtschaftszählung 1971 bei manchen Einheiten zum Verlust der Eigenschaft „landwirtschaftlicher Betrieb“ führte.

Anteil der gepachteten Flächen in den landwirtschaftlichen Betrieben 1971 und 1975

Größenklasse in ha LF	Selbstbewirtschaftete LF insgesamt		darunter gepachtete Fläche	
	in ha		in %	
	1971	1975	1971	1975
2 – 10	40 493	34 354	33,4	29,5
10 – 20	105 674	71 342	29,1	26,5
20 – 30	208 665	167 649	27,9	25,5
30 – 50	360 277	353 588	29,5	26,7
50 und mehr	400 420	486 113	30,7	32,1
Zusammen	1 115 529	1 113 047	29,7	29,0

Eine Gegenüberstellung der Pachtlandanteile 1971 und 1975 zeigt, daß – alle Betriebe ab 2 ha LF zusammengekommen – dieser Anteil praktisch unverändert geblieben ist. Geändert haben sie sich aber in den einzelnen Betriebsgrößenklassen, und zwar hat der Pachtlandanteil im „wachsenden“ Bereich zugenommen und umgekehrt im abnehmenden Bereich abgenommen (eine wünschenswerte weitergehende Aufgliederung nach Größenklassen ist im interessanten Übergangsbereich leider nicht möglich, da es sich um hochgerechnete Ergebnisse einer Stichprobenerhebung handelt). Inwieweit sich diese Differenzierung fortsetzt, werden die in Kürze vorliegenden Ergebnisse der Agrarberichterstattung 1977 zeigen.

Anteile der Betriebsgrößenklassen an der landwirtschaftlich genutzten Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe ab 2haLF



Mehr als bei der Betrachtung der Betriebszahlen wird bei den Flächenanteilen der Betriebsgrößenklassen deutlich, daß die kleineren Betriebe in der landwirtschaftlichen Bodenproduktion mehr und mehr an Bedeutung verlieren. So ging der Flächenanteil der Betriebe zwischen 2 und 20 ha LF in den sieben Jahren 1970 bis 1977 von 15 % auf 10 % zurück, der Anteil der Betriebe zwischen 20 und 30 ha LF sogar von 20 auf 13 %. 60 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche Schleswig-Holsteins wurden 1977 bereits von Betrieben mit 40 und mehr ha LF bewirtschaftet.

Arbeitskräfte

Über die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft liegen die neuesten Zahlen aus der Erhebung vom Oktober 1976 vor. Sie können näherungsweise mit den Jahresdurchschnittsergebnissen der vorangegangenen Erhebungen (jeweils Durchschnitt der Erhebungen von Oktober und April des folgenden Jahres) verglichen werden.

Nach diesen Ergebnissen waren im Oktober 1976 insgesamt gut 78 000 Betriebsinhaber und Familienangehörige in den landwirtschaftlichen Betrieben und Haushalten beschäftigt, darunter 55 000 vollbeschäftigt. Mit betrieblichen Arbeiten waren nur noch knapp 29 000 Familienarbeitskräfte vollbeschäftigt. Im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 1974/75 sind die Zahlen der beschäftigten und vollbeschäftigten Familienarbeitskräfte um 5,2 % und 6,5 % zurückgegangen. Das entspricht einer Abnahmerate von 3 % pro Jahr — bei einem Rückgang der Zahl der Betriebe von rund 2 % in diesen Jahren.

Nur noch wenig verändert hat sich die Zahl der ständig beschäftigten familienfremden Arbeitskräfte. Im Oktober 1976 wurden noch 10 800 Personen insgesamt in den landwirtschaftlichen Betrieben und Haushalten ab 2 ha LF registriert, darunter 10 300 mit nur betrieblichen Arbeiten beschäftigt und knapp 7 000 mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigt. Diese Zahlen lagen nur um etwa 1 % unter denen des Jahresdurchschnitts 1974/75.

Familienangehörige und Beschäftigte in den landwirtschaftlichen Betrieben ab 2 ha LF

	1970/71	1972/73	1974/75	Okt. 1976	Veränderung in %	
					Okt. 1976 gegenüber 1970/71	1974/75
Betriebe insgesamt ¹ in 1000	38,2	35,0	33,4	31,2	— 18,3	— 6,4
Betriebsinhaber und Familienangehörige in 1000 insgesamt ²	157,4	143,5	136,9	116,8	— 25,8	— 14,7
im Betrieb einschließlich Haushalt						
beschäftigt zusammen	96,5	86,1	82,5	78,2	— 19,0	— 5,2
vollbeschäftigt	72,6	62,8	58,9	55,1	— 24,1	— 6,5
im landw. Betrieb (ohne Haushalt)						
beschäftigt zusammen	79,1	71,2	69,2	67,9	— 14,2	— 1,8
vollbeschäftigt	37,9	31,9	30,4	28,8	— 24,0	— 5,2
Ständige familienfremde Arbeitskräfte in 1000						
im Betrieb einschl. Haushalt beschäftigt insgesamt	16,5	13,3	11,0	10,8	— 34,8	— 1,5
im landw. Betrieb (ohne Haushalt)						
beschäftigt zusammen	15,7	12,6	10,4	10,3	— 34,2	— 0,7
vollbeschäftigt	11,5	8,6	7,0	6,9	— 39,5	— 0,4
Arbeitskrafteinheiten						
insgesamt in 1000	67,4	57,6	52,2	50,0	— 25,8	— 4,2
je 100 ha LF	6,2	5,1	4,7	4,5	— 27,4	— 4,3

1) hochgerechnet aus den Stichprobenerhebungen; einschließlich Betriebe in der Hand juristischer Personen

2) einschließlich nicht beschäftigte Familienangehörige, die im Betriebshaushalt leben

An Arbeitskraft-Einheiten errechneten sich für Oktober 1976 in den Betrieben ab 2 ha LF nur noch knapp 50 000, das sind 4,2 % weniger als 1974/75 und 26 % weniger als 1970/71. Gleichzeitig ging der AK-Besatz auf 4,5 AK je 100 LF zurück.

Die Veränderungen in der Zahl der vollbeschäftigten Familienarbeitskräfte verliefen auch innerhalb der

Betriebsgrößenklassen weitgehend parallel mit den Veränderungen der Betriebszahlen. So nahm ihre Zahl in der Größenklasse 50 und mehr ha LF weiter zu, in den unteren Größenklassen mit der Zahl der Betriebe ab. Praktisch unverändert blieben dabei während der vergangenen vier Jahre in allen Größenklassen die Besatzzahlen vollbeschäftigter Familienarbeitskräfte je Betrieb.

Mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigte Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben ab 2 ha LF

Größenklasse in ha LF	Familienarbeitskräfte				Ständige familienfremde Arbeitskräfte			
	1970/71	1972/73	1974/75	Okt.1976	1970/71	1972/73	1974/75	Okt.1976
2 – 10	2 800	1 900	1 600	1 500	700	700	500	700
10 – 20	6 800	4 400	3 700	3 000	500	700	500	400
20 – 30	10 700	8 000	7 200	6 400	500	400	400	400
30 – 50	12 400	11 500	11 200	10 600	2 200	1 400	900	900
50 und mehr	5 300	6 000	6 700	7 300	7 600	5 500	4 800	4 600
Zusammen	37 900	31 900	30 400	28 800	11 500	8 600	7 000	6 900

Bei den ständigen familienfremden Arbeitskräften, die nur noch in weniger als 5 000 Betrieben, das heißt in nur 15 % aller Betriebe ab 2 ha LF überhaupt beschäftigt werden, verlief die Entwicklung etwas anders als bei den Familienarbeitskräften. Während in den

Größenklassen bis 50 ha LF die Zahl der Vollbeschäftigten trotz abnehmender Betriebszahlen — berücksichtigt man die Unsicherheiten der hochgerechneten Ergebnisse — etwa gleich blieb, gab es in den Betrieben mit 50 und mehr ha LF einen weiteren Rückgang.

Anderweitig erwerbstätige Familienarbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben ab 2 ha LF

Größenklasse in ha LF	Anderweitig erwerbstätige Betriebsinhaber und Familienangehörige							
	insgesamt				darunter im landwirtschaftlichen Betrieb (ohne Haushalt) vollbeschäftigt			
	1970/71	1972/73	1974/75	Okt.1976	1970/71	1972/73	1974/75	Okt.1976
2 – 10	8 700	6 700	6 300	5 200	4 800	4 000	3 900	3 500
10 – 20	4 100	3 900	3 900	2 600	1 900	2 300	2 200	1 700
20 – 30	2 700	3 000	3 000	2 600	900	1 200	1 300	1 500
30 – 50	2 500	2 600	2 800	2 300	500	800	900	1 000
50 und mehr	900	1 200	1 400	1 200	200	300	400	500
Zusammen	19 000	17 500	17 400	13 800	8 300	8 600	8 800	8 200

Von den fast 116 800 in den landwirtschaftlichen Betrieben und Haushalten ab 2 ha LF lebenden Betriebsinhabern und Familienangehörigen waren im Oktober

1976 insgesamt fast 14 000 (12 %) anderweitig erwerbstätig. Darunter waren 8 000 Personen auch im landwirtschaftlichen Betrieb (ohne Haushalt) beschäf-

tigt. Die übrigen lebten also nur im Haushalt des landwirtschaftlichen Betriebes, ohne dort auch zu arbeiten. Gegenüber 1974/75 hat sich die Zahl der anderweitig erwerbstätigen Familienmitglieder um 20 % vermindert, die Zahl der im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigten und anderweitig erwerbstätigen jedoch nur um 7 %. Diese Entwicklung ging einher mit einer drastischen Verringerung der in den landwirtschaft-

lichen Haushalten lebenden Familienangehörigen von 1974/75 bis Oktober 1976 um 15 %. Die Haushaltsgröße, die von 1970/71 bis 1974/75 fast unverändert etwa 4,1 Personen betragen hatte, betrug im Oktober 1976 nur noch 3,7 Personen. Inwieweit diese Entwicklungen anhalten, müssen die Ergebnisse der kommenden Arbeitskräfteerhebungen zeigen.

Dr. Matthias Sievers

Kurzberichte

Markt und Miete

Knapp 13 % bis 20 % der Verbrauchsausgaben geben die Haushalte, je nach ihrer Zusammensetzung, laut Wägungsschema des Preisindex für die Lebenshaltung allein für die Wohnungsmieten aus. Daher prägt die Preisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt die Entwicklung der gesamten Lebenshaltung entscheidend mit. Die Statistik weist 1977 bundesweit einen unterdurchschnittlichen Anstieg der Wohnungsmieten aus

— für alle privaten Haushalte um 3,4 % in Jahresfrist. Löst man diese summarische Aussage auf und unterscheidet nach Alt- und Neubauwohnungen sowie nach der Finanzierungsform der Wohnungen, so zeigt sich, daß die Mieter von Altbauwohnungen höhere Mietsteigerungen (+ 4,1 %) hinnehmen mußten als jene in Neubauwohnungen (+ 3,0 %) und daß der Mietzins in freifinanzierten Neubauten geringfügig weniger anstieg (+ 2,9 %) als jener im sozialen Wohnungsbau (+ 3,0 %).

Entwicklung der Wohnungsmieten
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet
1970 = 100

Jahres-D	Wohnungs- miete insgesamt	Altbauwohnungen		Neubauwohnungen			
		zusammen	aus der Zeit		zusammen	sozialer Wohnungsbau aus der Zeit nach dem 20.6.1948	freifinanzierter Wohnungsbau aus der Zeit nach dem 20.6.1948
			vor dem 1.4.1924	vom 1.4.1924 bis zum 20.6.1948			
1966	78,6	78,8	78,6	79,3	78,4	76,9	79,0
1967	83,9	83,7	83,8	83,7	84,0	82,4	84,6
1968	90,0	89,7	89,6	89,9	90,2	88,1	91,4
1969	95,7	95,5	95,2	95,9	95,9	96,5	95,5
1970	100	100	100	100	100	100	100
1971	106,1	106,8	106,7	107,0	105,6	105,3	105,8
1972	112,3	112,9	112,5	113,5	112,0	110,9	112,6
1973	118,8	118,9	117,9	120,5	118,8	118,6	119,0
1974	124,6	124,7	123,4	126,9	124,5	125,5	123,9
1975	132,4	133,0	131,2	135,9	132,0	136,4	129,5
1976	138,9	140,5	138,4	143,7	138,1	144,3	134,5
1977	143,6	146,3	144,4	149,5	142,2	148,7	138,4

Die Berechnung der Indexhauptgruppe Wohnungsmiete mit ihren Gruppenindizes für Altbau- und Neubauwohnungen, von denen die letztere noch in die Untergruppen für sozialen und freifinanzierten Wohnungsbau gegliedert wird, fußt auf der Mieterhebung von repräsentativen Wohnungstypen. Um die Mietentwicklung dieser Wohnungstypen im Zeitablauf so sauber wie möglich darzustellen, wird der Begriffsinhalt der Wohnungsmiete selbst nach möglichst eindeutigen Kriterien umrissen. So erhebt die Statistik die Wohnungsmiete einschließlich Nebenkosten (zum Beispiel für Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Kaminreinigung, Treppenbeleuchtung, Wasserverbrauch, Gemeinschaftsantenne und Aufzug), jedoch ohne Umlagen (zum Beispiel für Heizung, Treppenreinigung, Warmwasserversorgung, Waschmaschine und Garage oder Parkplatz). Etwa geleistete Mietvorauszahlungen werden über die vereinbarte Laufzeit der gezahlten Miete zugeschlagen. Wie in der Preisstatistik allgemein üblich, geht der Mietzins in die Indexberechnung unter der Voraussetzung eines gleichbleibenden Leistungsumfangs ein. So werden etwa Leistungsveränderungen (zum Beispiel Veränderung der gemieteten Wohnraumfläche) bei unverändertem Mietzins für die Indexberechnung quantitativ bewertet (zum Beispiel als Quasi-Mietsenkung). Entsprechend der individuellen Ausstattung der Wohnung, der Wohnlage oder etwa des großräumigen Standorts des Wohnhauses werden — trotz dieser engen begrifflichen Bestimmung der Miete — naturgemäß recht unterschiedlich hohe Mieten bezahlt. Das Histogramm der im Januar 1978 erfaßten Mieten für einen Wohnungstyp in Schleswig-Holstein (198 Mieten in 10 Gemeinden) dokumentiert diesen Streubereich. Die landesdurchschnittliche Monatsmiete, die sich aus diesen Mietangaben als einfaches arithmetisches Mittel der 10 gleichfalls so ermittelten Gemeindemieten errechnet, betrug zu Jahresbeginn in Schleswig-Holstein 253,33 DM für diesen Wohnungstyp (Neubauwohnung mit Bad und Zentralheizung, aus der Zeit nach dem 20. 6. 1948).

Die eingangs genannten Steigerungsraten — insbesondere auch die ihnen zugrunde liegende durchschnittliche Höhe der Mieten — werden in vielen Fällen der praktischen Lebenserfahrung widersprechen, insbesondere, wenn vergleichbare Mietangaben im Anzeigenteil von Tageszeitungen dazu herangezogen werden. Dieser Widerspruch fordert einige methodische Überlegungen heraus.

Üblicherweise ermittelt die amtliche Preisstatistik Marktpreise für alle Güter und Dienstleistungen der Lebenshaltung. Die Diskrepanz zwischen Lebenserfahrung und statistischer Aussage beruht nun meist

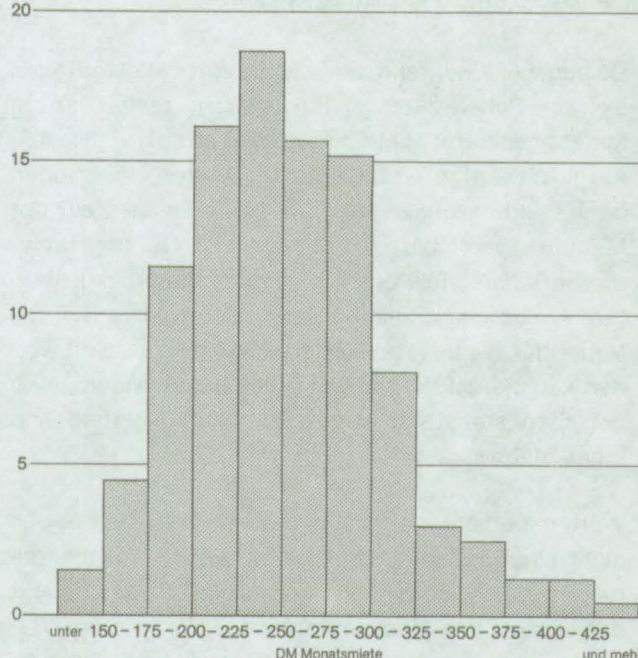
D — 4941

Verteilung der Miethöhe

für eine abgeschlossene, leervermietete 2-Zimmer-Neubauwohnung mit Küche, Bad und Zentralheizung eines 3- bis 4-Personen-Haushalts in mittlerer Entfernung vom Stadtzentrum im öffentlich geförderten Wohnungsbau im Januar 1978

Anteil an allen erfaßten Wohnungen

in %



darauf, daß recht unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, was Wohnungsmietenmarkt eigentlich ist.

Die amtliche Preisstatistik beobachtet für Zwecke der Preisindexberechnung für die Lebenshaltung allein in Schleswig-Holstein etwa 600 Wohnungen, die einmal ausgewählt wurden und anschließend der ständigen Preisbeobachtung unterliegen. Bei den in der Regel längerfristig abgeschlossenen Mietverträgen in diesem Wohnungsbestand äußert sich ein Marktgeschehen nur bei Mietanpassungen und Neuvermietungen, die dann verständlicherweise in längeren Abständen erfolgen. Daher wird der statistisch ermittelte Durchschnittswert entscheidend von den meist unbeweglichen Bestandsmieten geprägt, so daß scheinbar eine im Einzelfall spürbare Mietanpassung dem statistischen Durchschnittsergebnis widerspricht. In diesem Sinne ist der Mietenmarkt der amtlichen Preisstatistik ein Markt der überwiegend unbeweglichen Bestandsmieten.

Andererseits läßt sich jedoch auch die Auffassung vertreten, daß der Bestandsmietenmarkt das eigentliche Marktgeschehen in Monatsfrist nur zu einem geringen Anteil widerspiegelt, da nur der Markt der Neu- und Weitervermietung der für die Mietpreisbildung relevante Markt ist. Nur hier findet überhaupt ein Markt-

geschehen statt. Danach wäre die Marktmiete eine Miete, die am Markt nachhaltig zu erzielen wäre. Sie gibt sicher das Preisgeschehen auf dem Wohnungsmietenmarkt zeitnaher wieder, als es die Bestandsmiete (der amtlichen Statistik) kann.

Da nun meist während der Laufzeit eines Mietvertrages sich eine Schere zwischen tatsächlich gezahlter und am Markt erzielbarer Miete öffnet, kann es sein, daß selbst für gleichwertige Wohnungen die Mieten verschieden hoch sind, je nachdem, vor wie langer Zeit der Mietpreis vereinbart worden ist. Die Öffnungsbreite dieser Schere stellt den laufzeitbedingten rückgestauten Anpassungsspielraum der Mieten dar, der bei Neu- oder Weitervermietung schlagartig realisiert werden kann; er ist es, der den scheinbaren Widerspruch zwischen statistisch ermittelter Mietsteigerung und Eigenerlebnis aufwirft.

Warum bedient sich die amtliche Preisstatistik nun nicht einer zeitnahen Ermittlung der Mietenveränderungen durch Beobachtungen allein auf dem Markt der Weiter- und Neuvermietungen? Von diesem Vorgehen würden zusätzlich besonders all jene Vertragsparteien profitieren können, die ihre Mietzahlungen mit

Hilfe von Wertsicherungsklauseln an die Entwicklung einer üblichen zeitnahen Marktmiete binden wollen.

Abgesehen davon, ob eine solche Ermittlung praktisch überhaupt durchführbar ist, sollte diese Frage in erster Linie vom Zweck eines Wohnungsmietenindex her beantwortet werden. Dieser Index ist zur Zeit in die Preisentwicklung der gesamten Lebenshaltung eines bestimmten Haushaltstyps eingebunden. Er soll hier die Preisveränderungsrate messen, mit der das Verbrauchsbudget eines bestimmten Haushaltstyps durch Mietveränderungen konfrontiert wird. Da die Haushalte überwiegend an längerfristig vertragliche Vereinbarung gebunden sind, und sie mithin auch Teilnehmer an einem Bestandsmarkt sind, ist es allein angemessen, für Zwecke der Preisindexberechnung für die Lebenshaltung auch Preisermittlungen in diesem Bestandsmarkt durchzuführen. Wollte man jedoch — losgelöst vom Preisindex der Lebenshaltung — etwa für Zwecke der Mietendynamisierung einen zeitnah reagierenden Wohnungsmietenindex schaffen, so würde eine Preisermittlung ohne Berücksichtigung von Vertragsbeginn und —laufzeit vermutlich wenig brauchbare Ergebnisse liefern.

Gerd Scheel

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1 — 5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- × = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

30. Jahrgang . Heft 4 . April 1978

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1975	1976	1976/77			1977/78			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 584	2 583	2 583	2 583	2 583	2 588	2 588
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 248	1 205	1 251	630	786	850	1 181
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,8	5,6	5,7	2,9	4,0	4,0	5,4
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 024	2 066	1 986	1 881	1 845	1 875	1 868
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,4	9,6	9,1	8,6	9,3	8,8	8,5
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 749	2 675	2 794	2 614	2 576	2 583	2 774
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,8	12,4	12,7	11,9	13,0	12,1	12,6
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	38	34	36	24	29	29	35
* je 1 000 Lebendgeborene		18,9	16,3	18,1	12,8	15,7	15,5	18,7
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 726	- 609	- 808	- 733	- 731	- 708	- 906
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 3,4	- 2,8	- 3,7	- 3,3	- 3,7	- 3,3	- 4,1
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 329	6 110	5 655	5 999	4 853	6 130	5 451
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 764	5 476	5 202	4 849	3 762	5 436	5 216
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 565	+ 634	+ 453	+ 1 150	+ 1 091	+ 694	+ 235
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	9 770	9 495	9 603	9 151	8 257	10 617	9 828
Wanderungsfälle	Anzahl	21 863	21 081	20 460	19 999	16 872	22 183	20 495
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		147	98	137	133	127	154	138
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	47	47	51	58	58	47	51	56	57
darunter *Männer	1 000	27	24	26	31	32	22	25	29	30
Kurzarbeiter	1 000	12	5	6	3	7	3	4	6	6
darunter Männer	1 000	8	3	4	3	5	2	3	4	5
Offene Stellen	1 000	10	9	6	7	9	7	7	8	10
darunter für Männer	1 000	6	6	4	4	5	5	4	5	6
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 525 ^a	1 560 ^a	1 560	.	.	.	1 565	.	.
darunter *Milchkühe										
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	503 ^a	513 ^a	513	.	.	.	515	.	.
*Schweine	1 000	1 620 ^a	1 696 ^a	1 696	.	.	.	1 796	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	170 ^a	181 ^a	181	.	.	.	194	.	.
darunter *trächtig	1 000	113 ^a	123 ^a	123	.	.	.	130	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	35	36	33	34	30	51	34	35	32
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	212 ^b	223 ^c	250	235	206	244	253	245	214
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	6 ^b	6 ^c	10	11	7	10	9	9	6
*Schlachtungsmengen ⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel)										
	1 000 t	26,9	28,0	28,7	28,1	24,2	32,5	29,3	28,7	26,1
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	9,2	9,4	8,4	9,1	7,7	13,1	9,0	9,3	8,9
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	17,5	18,4	20,1	18,8	16,3	19,2	20,1	19,3	17,0
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	271	272	262	272	267	271	274	275	282
Kälber	kg	92	95	97	94	88	100	102	85	102
Schweine	kg	85	84	84	84	82	82	82	82	82
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ⁶⁾										
*für Legehennenküken	1 000	489	520	454	475	604	154	104	128	211
*für Masthühnerküken	1 000	1 014	1 115	1 144	1 012	934	1 125	1 042	986	1 078
*Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	838	902	995	905	838	981	847	928	808
*Milcherzeugung										
	1 000 t	186	190	175	193	188	162	185	202	192
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	93	94	94	95	94	92	93	95	96
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,3	12,3	11,1	12,1	13,1	10,5	11,6	12,6	13,3

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1975/76 = 10

c) Winterhalbjahr 1976/77 = 8

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1975	1976	1976/77			1977/78			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Industrie und Handwerk										
Verarbeitende Industrie ⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	.	164	163	164	164	165	164	163	...
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	.	117	117	117	117	118	117	116	...
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	.	18 116	18 247	17 700	17 406	18 670	17 411	17 700	...
*Löhne (brutto)	Mill. DM	.	224,7	239,1	209,9	208,1	304,8	250,2	226,5	...
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	.	123,7	142,7	117,6	122,0	177,9	158,0	129,4	...
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige ⁹⁾	Mill. DM	.	.	.	843	891	970	1 025
darunter Ausland	Mill. DM	.	.	.	193	244	242	247
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	.	1 938	2 288	1 812	1 892	2 183	2 182	1 766	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	.	356	490	346	535	528	375	297	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	.	21	12	11	16	19	17	14	...
*Gasverbrauch ¹¹⁾	Mill. m ³	.	21,5	22,7	27,9	21,8	24,6	26,6	26,8	...
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	.	4,3	3,7	5,6	5,5	3,2	2,5	2,8	...
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	.	17,1	18,9	22,2	16,3	21,4	24,1	23,9	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	.	82	90	90	79	91	87	87	...
*leichtes Heizöl	1 000 t	.	17	22	24	20	19	20	22	...
*schweres Heizöl	1 000 t	.	65	68	66	59	73	68	65	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	.	180	193	178	173	197	191	188	...
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	.	35	49	42	37	46	42	35	...
Index der industriellen Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
*Gesamte Industrie 12)	1970 = 100	112	119	115
*Bergbau	1970 = 100	74	70	67
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1970 = 100	106	115	103
*Investitionsgüterindustrie	1970 = 100	124	125	134
*Verbrauchsgüterindustrie	1970 = 100	107	115	113
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1970 = 100	107	117	104
außerdem Produktionsindex für die Bauindustrie	1970 = 100
Handwerk (Mefzahlen) ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30. 9. 1970 = 100	89,6	91,7	92,5	.	.	.	96,5	.	.
*Umsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. - D 1970 = 100	141,1	149,8	187,6	.	.	.	224,5	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	295
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	617
*Gaserzeugung (brutto) ¹¹⁾	Mill. m ³	6	5	7	7	6	5	6	6	8
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet) ¹⁴⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	50 744	51 985	51 353	50 889	50 482	53 324	52 380	51 221	51 544
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 557	6 546	5 142	4 055	4 657	6 802	5 810	4 666	3 394
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	2 664	2 905	2 340	2 079	2 343	3 102	2 670	2 290	1 627
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 121	1 087	846	806	810	995	869	743	579
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 535	2 234	1 720	1 046	1 355	2 426	2 035	1 484	1 064
*Löhne (brutto)	Mill. DM	84,0	87,6	74,0	52,6	60,3	111,2	90,9	65,1	49,0
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	12,1	12,9	15,4	12,3	12,5	18,1	16,0	13,5	13,6
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	268,4	295,8	522,4	211,7	173,4	391,4	800,8	175,3	118,0

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; einschließlich Bergbau, aber ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung und ohne Bauindustrie. Die Ergebnisse ab Januar 1977 sind mit denen aus früheren Jahren infolge Einführung eines neuen Konzepts nur bedingt vergleichbar; siehe hierzu sowie bezüglich der verwendeten Begriffe die Vorbemerkungen zum Statistischen Bericht E I 1

9) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

10) eine t Steinkohle-Einheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

11) umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal/m³

12) ohne öffentliche Energiewirtschaft und ohne Bauindustrie

13) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

14) 1975 und 1976 ohne Fertigteilbau und Bauhilfsgewerbe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1975	1976	1976/77			1977/78				
		Monats- durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen											
Baugenehmigungen											
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	721	936	717	603	743	879	889	904	964	
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	679	899	690	584	715	850	849	875	942	
*Rauminhalt	1 000 m ³	658	761	571	489	590	718	772	738	730	
*Wohnfläche	1 000 m ²	118	134	101	84	102	121	133	127	126	
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	181	168	144	123	96	193	153	141	117	
*Rauminhalt	1 000 m ³	689	579	345	362	283	795	604	498	249	
*Nutzfläche	1 000 m ²	122	106	72	66	58	144	109	95	51	
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 333	1 437	1 115	887	1 136	1 305	1 516	1 382	1 286	
Baufertigstellungen											
Wohnungen ¹⁵⁾	Anzahl	1 634	1 321	9 393	465	339	1 030	10 929	352	218	
Wohnräume	Anzahl	7 264	6 221	43 925	2 246	1 716	5 065	51 871	1 821	1 127	
Handel und Gastgewerbe											
Ausfuhr											
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	411,7	449,5	620,0	360,2	427,1	455,1	648,6	373,5	...	
davon Güter der											
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	52,4	56,3	60,9	68,6	81,6	53,8	95,0	65,7	...	
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	359,3	393,3	559,2	291,7	345,5	401,2	553,6	307,8	...	
davon *Rohstoffe	Mill. DM	8,5	9,6	9,9	9,0	9,6	10,3	10,3	9,2	...	
*Halbwaren	Mill. DM	33,9	31,6	38,5	21,0	26,3	17,8	28,0	29,4	...	
*Fertigwaren	Mill. DM	317,0	352,1	510,8	261,7	309,7	373,1	515,3	269,2	...	
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	23,0	28,7	27,1	26,5	26,0	28,0	31,1	28,0	...	
*Enderzeugnisse	Mill. DM	294,0	323,4	483,6	235,2	283,7	345,1	484,2	241,2	...	
nach ausgewählten Verbrauchsländern											
*EG-Länder	Mill. DM	166,7	189,8	308,3	154,1	177,7	172,5	254,4	163,2	...	
darunter Italien	Mill. DM	18,5	19,5	19,4	15,0	18,2	18,9	14,4	16,8	...	
Niederlande	Mill. DM	36,8	36,7	38,2	30,8	37,7	49,1	39,3	39,4	...	
Dänemark	Mill. DM	40,5	48,1	40,1	22,2	21,3	28,5	40,3	23,5	...	
Großbritannien	Mill. DM	29,5	36,4	143,7	38,9	52,3	28,6	108,7	27,6	...	
*Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	158,2	172,6	234,7	r 154,5	154,1	204,4	259,3	172,6	...	
*Gastgewerbeumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	152,7	158,8	124,4	r 102,9	100,8	121,3	134,9	110,0	...	
Fremdenverkehr in 159 Berichtsgemeinden											
*Fremdenmeldungen	1 000	243	247	86	69	82	p 99	p 88	p 75	p 83	
darunter *von Auslandsgästen	1 000	19	19	8	7	9	p 10	p 8	p 6	p 10	
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 986	2 040	328	283	309	p 394	p 327	p 303	p 315	
darunter *von Auslandsgästen	1 000	38	40	17	14	19	p 22	p 17	p 14	p 21	
Verkehr											
Seeschifffahrt ¹⁶⁾											
Güterempfang	1 000 t	1 074	1 103	1 102	1 050	881	
Güterversand	1 000 t	461	442	450	520	526	
Binnenschifffahrt											
*Güterempfang	1 000 t	202	190	220	172	190	192	214	170	200	
*Güterversand	1 000 t	244	242	210	216	213	242	233	194	146	
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	8 125	8 861	7 472	8 026	9 370	8 664	8 992	9 139	...	
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	123	179	29	32	95	38	32	68	...	
*Personenkraftwagen ¹⁷⁾	Anzahl	7 326	7 888	6 753	7 350	8 502	7 806	8 074	8 376	...	
*Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	317	424	402	355	r 410	511	506	455	...	
Straßenverkehrsunfälle											
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 365	1 476	1 629	1 337	1 154	1 724	1 500	1 522	p 1 057	
*Getötete Personen	Anzahl	57	49	48	42	42	76	63	68	p 45	
*Verletzte Personen	Anzahl	1 808	1 932	2 131	1 766	1 503	2 225	1 975	1 980	p 1 399	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) Zimmer mit 6 und mehr m² Fläche und alle Küchen

16) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

17) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1975	1976	1976/77			1977/78			
		Monats- d)		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
		durchschnitt								
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁸⁾										
*Kredite 19) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	28 066	32 062	32 062	32 332	32 503	35 632	36 181	36 377	...
darunter										
*Kredite 19) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	26 542	30 194	30 194	30 435	30 536	33 539	34 096	34 256	...
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	5 056	5 476	5 476	5 426	5 350	5 775	6 107	5 850	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 929	5 404	5 404	5 277	5 283	5 716	5 987	5 776	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	127	72	72	149	66	60	121	74	...
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 549	3 159	3 159	3 139	3 170	3 652	3 638	3 582	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 156	2 707	2 707	2 688	2 694	3 067	3 058	2 983	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	393	452	452	451	476	584	580	598	...
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	18 937	21 558	21 558	21 869	22 017	24 412	24 351	24 824	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	15 378	17 089	17 089	17 219	17 346	19 091	19 292	19 411	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 559	4 469	4 469	4 651	4 671	5 021	5 060	5 413	...
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁹⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	22 147	24 233	24 233	24 256	24 467	26 222	26 612	26 630	...
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	11 428	12 528	12 528	12 568	12 693	14 161	14 060	14 148	...
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	7 244	8 046	8 046	8 100	8 125	9 579	9 458	9 530	...
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	4 184	4 483	4 483	4 468	4 568	4 581	4 602	4 618	...
*Spareinlagen	Mill. DM	10 719	11 705	11 705	11 688	11 774	12 062	12 552	12 482	12 541
*bei Sparkassen	Mill. DM	6 211	6 719	6 742	6 707	6 758	6 864	7 130	7 091	7 128
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	611	589	648	938	567	539	705	1 094	598
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	439	509	632	964	481	476	650	1 167	539
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	26	35	46	32	32	34	35	25	16
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1,7	0,3	-	-	1	-	1	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	376	285	296	254	259	264	247
*Wechselsumme	Mill. DM	1,6	1,5	2,0	1,8	1,1	0,9	1,4
Steuern										
		Vierteljahres- durchschnitt		4. Vj. 76			4. Vj. 77			
Steueraufkommen nach der Steuerart										
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	1 302,5	1 451,6	1 740,9	.	.	.	1 894,8	.	.
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	992,7	1 112,3	1 401,7	.	.	.	1 511,0	.	.
*Lohnsteuer 20)	Mill. DM	655,7	727,3	914,1	.	.	.	999,4	.	.
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	265,4	303,3	365,6	.	.	.	384,6	.	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	7,1	10,2	10,7	.	.	.	10,9	.	.
*Körperschaftsteuer 20)	Mill. DM	64,5	71,5	111,3	.	.	.	116,0	.	.
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	309,8	339,3	339,2	.	.	.	383,9	.	.
*Umsatzsteuer	Mill. DM	217,1	231,4	221,9	.	.	.	258,0	.	.
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	92,7	107,9	117,3	.	.	.	125,9	.	.
*Bundessteuern	Mill. DM	103,6	121,9	124,4	.	.	.	117,4	.	.
*Zölle	Mill. DM	0,5	0,8	1,4	.	.	.	0,8	.	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	91,4	105,8	111,9	.	.	.	111,0	.	.
*Landessteuern	Mill. DM	95,7	107,7	115,2	.	.	.	112,5	.	.
*Vermögensteuer	Mill. DM	19,0	20,2	28,4	.	.	.	27,2	.	.
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	56,3	60,1	57,4	.	.	.	59,7	.	.
*Biersteuer	Mill. DM	3,0	3,3	3,4	.	.	.	4,0	.	.
*Gemeindesteuern	Mill. DM	208,7	231,4	250,5	.	.	.	259,8	.	.
*Grundsteuer A ²¹⁾	Mill. DM	7,0	6,9	6,5	.	.	.	6,4	.	.
*Grundsteuer B ²²⁾	Mill. DM	31,4	41,6	41,2	.	.	.	43,3	.	.
*Gewerbesteuer	Mill. DM	134,2	142,5	160,2	.	.	.	170,6	.	.
nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	18,6	19,2	19,8	.	.	.	20,8	.	.
*Lohnsummensteuer	Mill. DM	18,6	19,2	19,8	.	.	.	20,8	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	733,8	826,8	990,5	.	.	.	1 070,9	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	390,7	443,3	577,2	.	.	.	614,9	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	211,4	234,1	234,1	.	.	.	264,9	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	28,0	27,5	54,8	.	.	.	73,7	.	.
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	767,8	835,8	993,3	.	.	.	1 106,7	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	463,6	515,0	637,7	.	.	.	693,4	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	180,6	185,6	185,5	.	.	.	227,0	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	28,0	27,5	54,8	.	.	.	73,7	.	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	293,9	329,6	436,7	.	.	.	493,2	.	.
*Gewerbesteuer	Mill. DM	78,2	87,8	51,7	.	.	.	23,3	.	.
nach Ertrag und Kapital (netto) ²³⁾	Mill. DM	78,2	87,8	51,7	.	.	.	23,3	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	141,2	152,9	294,7	.	.	.	380,5	.	.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1975	1976	1976/77			1977/78			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970 = 100	142,3	151,8	152,2	154,9	157,0	150,2	149,1	148,0	...
Ausfuhrpreise	1970 = 100	136,5	141,7	141,6	142,6	143,3	143,3	143,1	143,8	...
Grundstoffpreise	1970 = 100	137,7	146,8	148,3	149,1	150,0	147,2	146,6	146,4	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1970 = 100	135,5	140,8	142,1	143,3	143,7	144,5	144,5	145,2	145,2
landwirtschaftlicher Produkte	1970 = 100	133,2	149,0	148,4	148,6	148,8	142,7	145,9	p 143,0	p 142,5
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude	1970 = 100	138,9	143,7	.	.	146,9	152,7
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1970 = 100	138,7	147,8	149,3	150,4	151,8	150,3	150,7	151,2	p 151,4
Einzelhandelspreise	1970 = 100	133,9	139,0	140,7	142,0	142,9	145,0	142,7	143,4	144,2
*Preisindex der Lebenshaltung	1970 = 100	134,7	140,8	142,5	143,8	144,7	147,1	147,5	148,4	149,2
insgesamt	1970 = 100	134,7	140,8	142,5	143,8	144,7	147,1	147,5	148,4	149,2
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	130,1	136,8	138,4	140,8	142,1	142,9	143,5	144,3	145,2
Kleidung, Schuhe	1970 = 100	136,3	140,9	143,4	144,2	144,8	150,1	150,4	151,1	152,4
Wohnungsmieten	1970 = 100	133,2	140,0	141,9	142,6	143,1	146,3	146,6	147,2	147,6
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970 = 100	165,5	176,4	177,5	178,9	179,6	179,3	179,8	182,3	182,3
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970 = 100	131,0	135,5	137,0	138,3	139,0	141,7	142,3	143,8	144,8
Löhne und Gehälter ²⁷⁾										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	448	482	.	485	.	.	.	508	.
darunter *Facharbeiter	DM	473	507	.	509	.	.	.	533	.
*weibliche Arbeiter	DM	291	315	.	325	.	.	.	341	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	279	304	.	311	.	.	.	322	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	10,49	11,21	.	11,43	.	.	.	12,09	.
darunter *Facharbeiter	DM	11,00	11,77	.	11,95	.	.	.	12,65	.
*weibliche Arbeiter	DM	7,35	7,84	.	8,11	.	.	.	8,54	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	7,06	7,57	.	7,82	.	.	.	8,14	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	42,7	42,9	.	42,5	.	.	.	42,0	.
weibliche Arbeiter	Std.	39,5	40,1	.	40,1	.	.	.	39,9	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 395	2 555	.	2 598	.	.	.	2 788	.
*weiblich	DM	1 634	1 750	.	1 807	.	.	.	1 932	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	2 595	2 753	.	2 786	.	.	.	2 974	.
*weiblich	DM	1 603	1 704	.	1 725	.	.	.	1 843	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 093	2 240	.	2 288	.	.	.	2 447	.
*weiblich	DM	1 367	1 480	.	1 538	.	.	.	1 642	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 267	2 255	.	2 312	.	.	.	2 498	.
weiblich	DM	(1 547)	(1 613)	.	(1 654)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	2 194	2 341	.	2 390	.	.	.	2 560	.
weiblich	DM	1 440	1 554	.	1 614	.	.	.	1 723	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 564	2 716	.	2 754	.	.	.	2 942	.
weiblich	DM	1 601	1 700	.	1 722	.	.	.	1 840	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

18) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

19) einschließlich durchlaufender Kredite

21) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

23) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

25) nur Neubau

27) Effektivverdienste

20) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

22) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

24) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

26) für alle privaten Haushalte

d) Bestandszahlen bei Kredite und Einlagen: Stand 31. 12.

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾ in 159 Berichtsgemeinden			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1)	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen	ins- gesamt	in EG- Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerb- lichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		ins- gesamt	im sozialen Wohnungs- bau						ins- gesamt	Auslands- gäste	ins- gesamt	Auslands- gäste
	in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	Mill. DM				in 1 000			
1972	33	30	15	946	3 012	823	1 082	2 686	2 238	221	18 374	488
1973	26	34	12	980	3 358	1 468	785	2 968	2 388	215	19 802	445
1974	19	26	12	1 006	4 410	2 033	698	3 846	2 496	208	20 531	435
1975	16	20	12	1 025	4 941	2 000	823	4 312	2 892	229	23 684	452
1976	17	16	11	1 040	5 394	2 278	920	4 719	2 951	229	24 469	480

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar- einlagen ⁴⁾ am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriegs- opfer- fürsorge
	ins- gesamt	Kraft- räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		in Mill. DM	ins- gesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger	Aufwand in Mill. DM
								in 1 000				
1972	796	6	666	44	18 029	850	24 281	7 332	215,7	74,3	39,1	22,9
1973	837	6	704	45	17 139	727	22 689	7 832	254,7	85,4	41,4	27,1
1974	851	7	718	45	15 513	656	20 375	8 654	337,5	111,3	48,1	31,2
1975	875	8	742	44	16 376	684	21 690	10 719	421,3	134,2	57,0	37,4
1976	922	9	785	44	17 716	591	23 184	11 705	477,6	153,0	...	37,4

Jahr	Steuern								Neuverschuldung ⁵⁾			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 6)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
Mill. DM												
1972	3 087	2 448	829	1 117	2 455	1 609	703	1 022	445	3 326	1 862	1 330
1973	3 556	2 816	1 000	1 149	3 043	1 974	867	1 190	550	3 620	2 117	1 546
1974	3 508	3 086	1 143	1 259	3 513	2 320	952	871	632	4 074	2 247	1 730
1975	3 043	3 059	1 176	1 239	3 588	2 267	1 061	366	611	5 094	2 360	1 845
1976	3 418	3 387	1 318	1 357	4 071	2 561	1 213	430	647	6 019	2 463	1 931

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohn- gebäude 1970±100	der Lebenshaltung ⁷⁾ 1970±100		Industriearbeiter ¹⁰⁾		Angestellte in Industrie 10) und Handel			öffentlicher Dienst	
						Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt			Bruttomonatsgehalt ¹¹⁾	
	indu- strieller Produkte 8)	landwirt- schaftlicher Produkte 8)9)		ins- gesamt	Nahrungs- und Genuß- mittel	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte		techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
								Männer	Frauen			
	1970±100	1970±100					DM					
1972	107,0	114,4	117,8	111,1	109,7	369	218	1 615	1 019	1 909	1 841	1 334
1973	114,1	121,6	126,4	118,8	118,0	402	241	1 861	1 184	2 151	1 985	1 448
1974	129,4	117,6	135,6	127,1	123,6	429	273	2 041	1 322	2 410	2 197	1 623
1975	135,5	133,2	138,9	134,7	130,1	448	291	2 194	1 440	2 564	2 348	1 739
1976	140,8	149,0	143,7	140,8	136,8	482	315	2 341	1 554	2 716	2 462	1 825

1) Errichtung neuer Gebäude

2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres); bis 1974: in 134 Berichtsgemeinden

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

4) ohne Postspareinlagen

5) ohne Kassenkredite

6) ohne Schulden der Eigenbetriebe

7) für alle privaten Haushalte

8) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

9) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni

10) einschließlich Hoch- und Tiefbau

11) Endgehalt, Ortsklasse S. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. November 1977			Bevölkerungsveränderung im November 1977			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1978		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw ²⁾	
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)					Anzahl	je 1 000 Einwohner
		in %							
FLensburg	90 277	- 0,1	- 1,6	- 57	- 73	- 130	30 518	27 922	310
KIEL	256 833	+ 0,1	- 1,1	- 113	242	129	83 840	77 022	300
LÜBECK	227 575	- 0,2	- 1,2	- 150	- 250	- 400	72 701	66 158	291
NEUMÜNSTER	82 852	- 0,1	- 1,3	- 13	- 69	- 82	30 748	27 577	333
Dithmarschen	130 149	- 0,1	- 0,2	- 46	- 28	- 74	54 568	43 162	332
Hzgt. Lauenburg	152 569	+ 0,1	+ 0,5	- 11	98	87	57 581	49 600	325
Nordfriesland	160 947	- 0,1	- 0,1	- 33	- 117	- 150	67 227	54 132	337
Ostholstein	188 131	+ 0,0	+ 0,5	- 76	129	53	71 876	61 265	326
Pinneberg	255 739	+ 0,0	+ 0,7	- 48	121	73	99 137	87 385	342
Plön	114 768	+ 0,0	+ 0,7	- 27	84	57	48 712	41 033	357
Rendsburg-Eckernförde	240 095	+ 0,0	+ 0,8	- 62	127	65	96 233	80 122	334
Schleswig-Flensburg	178 308	- 0,0	+ 0,3	- 35	14	- 21	75 400	60 652	340
Segeberg	200 442	+ 0,1	+ 1,8	42	215	257	87 415	75 011	374
Steinburg	129 530	- 0,2	- 0,2	- 70	- 150	- 220	52 535	43 054	332
Stormarn	179 639	+ 0,2	+ 1,8	- 9	351	342	71 761	63 203	351
Schleswig-Holstein	2 587 854	- 0,0	+ 0,2	- 708	694	- 14	1 000 252	857 298	331

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitende Industrie ³⁾			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Februar 1978 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 31. 1. 1978	Beschäftigte am 31. 1. 1978	Umsatz ⁴⁾ im Januar 1978 Mill. DM	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
FLensburg	45	8 521	89	31	-	38
KIEL	94	25 304	219	95	-	107
LÜBECK	103	24 355	172	93	3	109
NEUMÜNSTER	51	9 748	67	47	1	53
Dithmarschen	48	5 817	154	56	-	74
Hzgt. Lauenburg	71	8 007	61	70	2	94
Nordfriesland	28	2 442	38	71	5	91
Ostholstein	47	4 895	58	74	5	102
Pinneberg	152	21 148	207	88	1	122
Plön	29	2 350	28	44	1	60
Rendsburg-Eckernförde	79	9 592	95	99	2	127
Schleswig-Flensburg	47	4 120	72	67	3	100
Segeberg	127	13 083	136	96	13	157
Steinburg	71	9 657	104	54	3	76
Stormarn	101	14 215	266	72	6	89
Schleswig-Holstein	1 093	163 254	1 766	1 057	45	1 399

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 11. 1977

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; einschl. Bergbau, aber ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung

und ohne Bauindustrie

4) ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 136 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. September 1977			Offene Stellen am 31. 1. 1978 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im November 1977			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Meiereien geliefert	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 8. 1977	Rindvieh am 3. 6. 1977	
		VZ 1970	30. 9. 1976						insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
	in %			in %			in 1 000			
Schleswig-Holstein	2 589	+ 3,8	+ 0,2	8	158	94,9	10,2	1 857	1 618	501
Hamburg	1 683	- 6,2	- 1,2	7	1	89,6	9,7	13	16	4
Niedersachsen	7 229	+ 2,1	- 0,0	19	293	90,5	9,5	6 701	3 270	1 052
Bremen	705	- 2,4	- 0,9	3	1	82,6	9,2	7	20	5
Nordrhein-Westfalen	17 043	+ 0,8	- 0,2	52	196	94,1	10,0	5 014	1 961	638
Hessen	5 540	+ 2,9	+ 0,0	20	93	85,6	10,1	1 439	886	301
Rheinland-Pfalz	3 644	- 0,0	- 0,3	11	62	90,9	8,9	682	698	241
Baden-Württemberg	9 123	+ 2,6	- 0,0	41	202	80,0	9,8	2 186	1 856	701
Bayern	10 819	+ 3,2	+ 0,1	35	553	91,1	9,6	4 304	4 796	1 962
Saarland	1 084	- 3,2	- 0,7	2	8	84,5	9,9	52	71	26
Berlin (West)	1 932	- 8,9	- 1,3	7	0	21,1	15,5	8	1	0
Bundesgebiet	61 389	+ 1,2	- 0,2	205	1 568	89,9	9,7	22 261	15 193	5 431

Land	Verarbeitende Industrie ¹⁾				Bauhauptgewerbe ⁴⁾		Wohnungswesen im November 1977			
	Beschäftigte am 31. 12. 1977	Umsatz ²⁾ im Dezember 1977		Produk- tions- index 3) (1970 = 100) im Dezember 1977	Beschäftigte am 30. 11. 1977		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		in 1 000	Mill. DM		Auslands- umsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl
Schleswig-Holstein	164	2 182	17,2	...	51	20	1 305	5,0	1 030	4,0
Hamburg	158	4 107	14,0	461	2,7	317	1,9
Niedersachsen	668	8 459	26,0	...	147	20	3 654	5,1	2 946	4,1
Bremen	87	1 446	15,1	...	14	20	325	4,6	488	6,9
Nordrhein-Westfalen	2 201	25 560	25,9	...	272	16	7 178	4,2	6 130	3,6
Hessen	633	6 509	27,8	111,2	100	18	2 227	4,0	2 561	4,6
Rheinland-Pfalz	357	4 817	30,2	119	67	18	1 598	4,4	1 769	4,9
Baden-Württemberg	1 384	14 754	26,6	...	173	19	4 887	5,4	4 264	4,7
Bayern	1 276	12 572	26,3	122,0	244	23	5 113	4,7	5 216	4,8
Saarland	148	1 427	33,9	120,0	362	3,3	368	3,4
Berlin (West)	178	1 752	14,1	...	32	16	1 040	5,4	1 116	5,8
Bundesgebiet	7 254	83 585	25,4	115,5	28 150	4,6	26 205	4,3

Land	*Kfz-Bestand ⁵⁾ am 1. Juli 1977			Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im Dezember 1977				Bestand an Spar- einlagen ⁸⁾ am 31. 12. 1977 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner						im 3. Vierteljahr 1977		
	in 1 000								in DM je Einwohner		
Schleswig-Holstein	979	838	324	1 500	63	1 975	136	4 849	377	359	142
Hamburg	572	521	309	1 027	37	1 306	131	8 378	665	2 694	312
Niedersachsen	2 781	2 355	326	3 925	213	5 294	140	5 913	376	393	142
Bremen	239	217	307	405	8	498	125	6 569	482	938	248
Nordrhein-Westfalen	6 083	5 459	320	8 390	313	10 845	133	6 654	430	688	170
Hessen	2 206	1 914	346	2 819	100	3 827	139	7 314	440	580	198
Rheinland-Pfalz	1 461	1 220	335	1 787	93	2 384	139	6 554	377	423	159
Baden-Württemberg	3 628	3 088	339	4 252	192	5 886	143	7 142	447	614	179
Bayern	4 307	3 494	323	5 173	261	7 131	143	7 549	409	460	162
Saarland	392	352	324	580	23	793	141	5 875	373	365	116
Berlin (West)	574	521	269	1 167	28	1 466	128	6 427	306	861	138
Bundesgebiet	23 309 ^a	20 020 ^a	326	31 025	1 331	41 405	138	6 800	420	621	170

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; einschl. Bergbau, aber ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung
2) ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) vorläufige Werte ohne Fertigteilbau und Bauhilfsgewerbe

5) ohne Bundespost und Bundesbahn

6) einschließlich Kombinationskraftwagen

7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

8) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

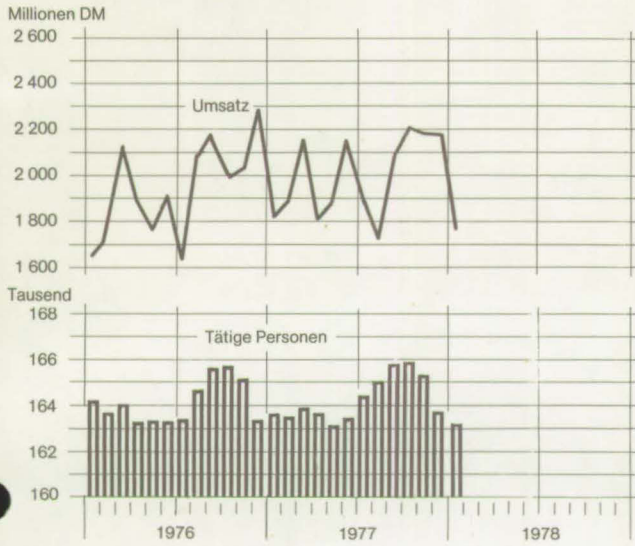
Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Die Volkszählung 1981	1/10
Bildung und Kultur	
Wo studieren Schleswig-Holsteiner?	2/29
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Wohnungsstichprobe 1978	1/20
Handel und Gastgewerbe	
Fremdenverkehr 1977	2/48
Verkehr	
Kraftadunfälle	2/42
Preise	
Verbraucherpreise 1977	2/26
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Revision des Bruttoinlandsprodukts	1/2
Umweltschutz	
Abfalldaten der Wirtschaft	2/34
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1977 (Teil 1)	3/53

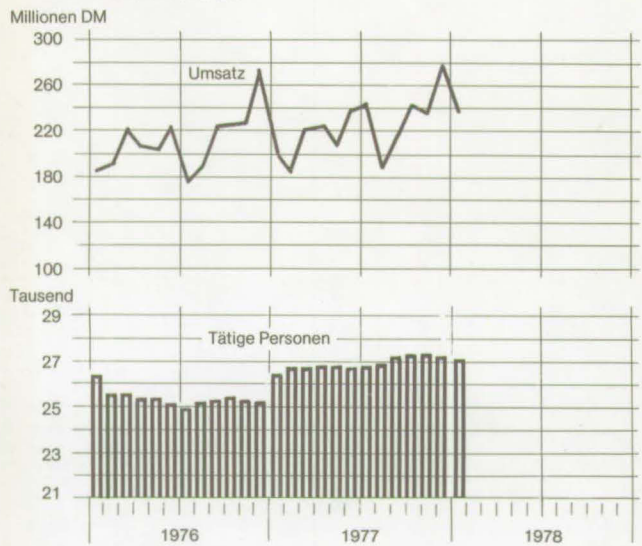
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn/-verlust); Zu/ Fortzüge, Geborene, Gestorbene; Arbeiterverdienste; Preisindex der Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kredite.

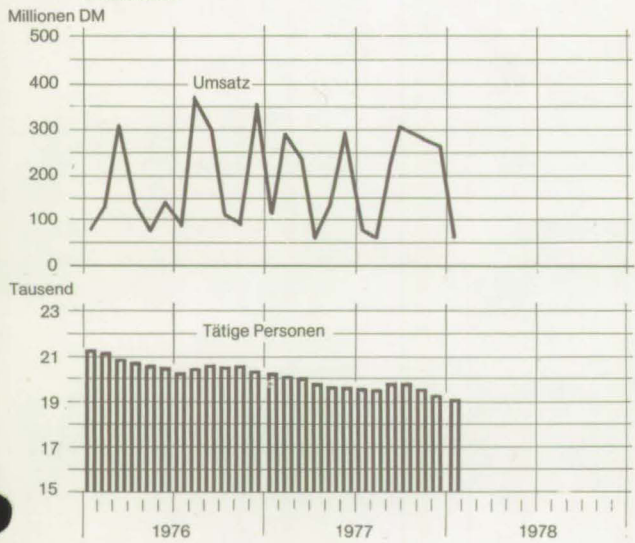
Verarbeitende Industrie*



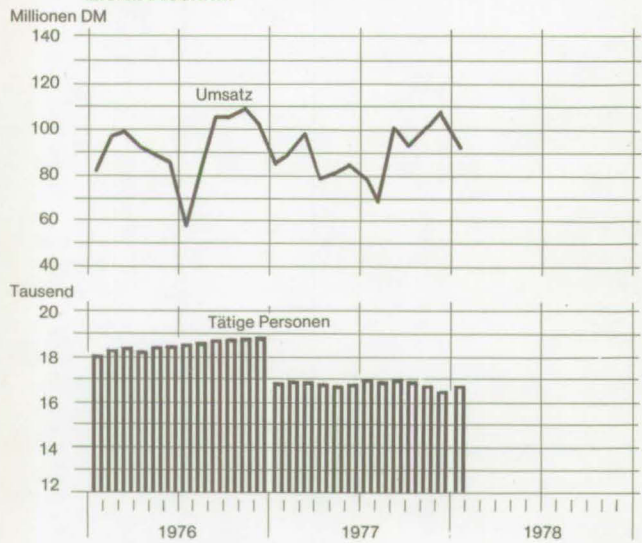
Maschinenbau*



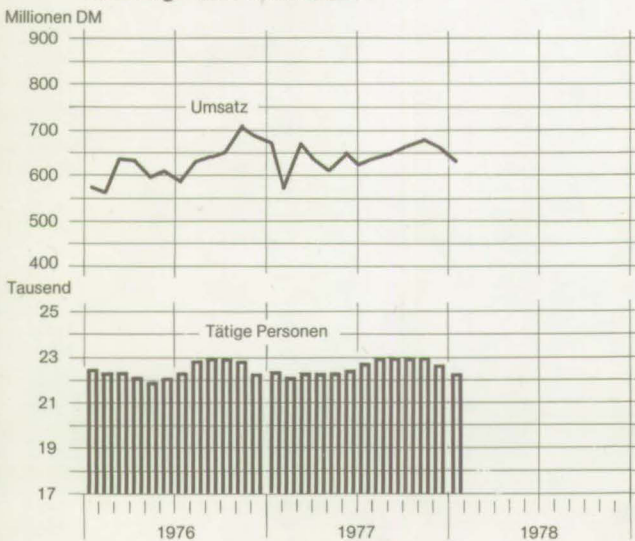
Schiffbau*



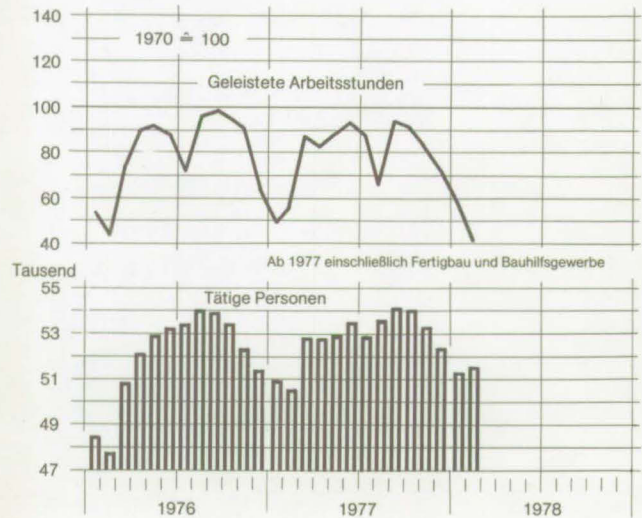
Elektrotechnik*



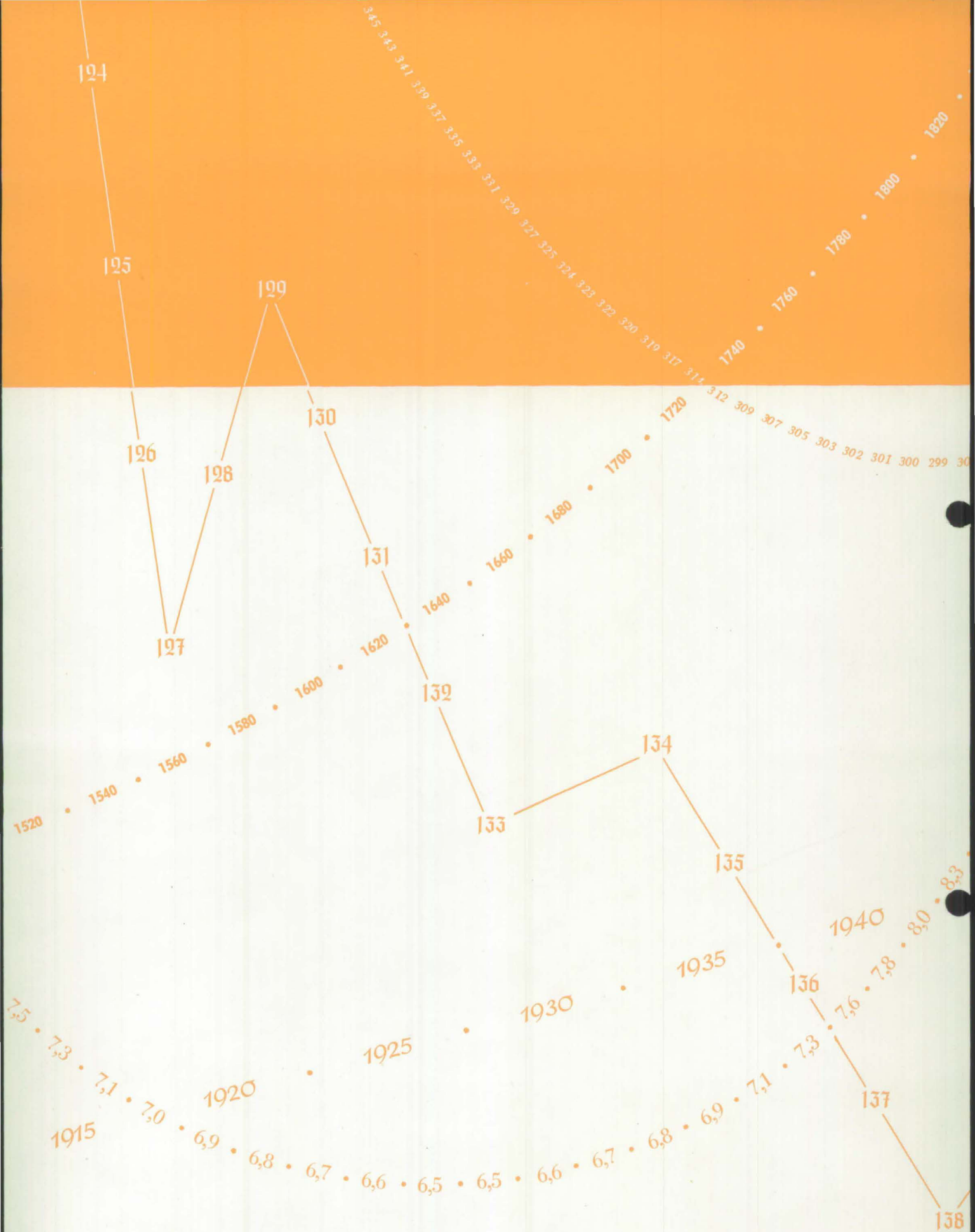
Nahrungs- und Genußmittel*



Bauhauptgewerbe



* Ergebnisse für Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 5 11 41

Postanschrift: Postfach 11 41, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Arnold Heinemann

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 – Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

– Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird –

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen